Stimmberechtigte trauen der aktuell positiven Wirtschaftslage nicht so recht

Credit Suisse Sorgenbarometer 2014

Schlussbericht

38. Credit Suisse Sorgenbarometer
Im Auftrag des Bulletin der Credit Suisse
September 2014

Projektteam

Claude Longchamp Politikwissenschafter,
Lehrbeauftragter der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen

Lukas Golder Politik- und Medienwissenschafter

Martina Imfeld Politikwissenschafterin

Thomas Milic Dr. phil. I Politikwissenschafter

Stephan Tschöpe Politikwissenschafter

Meike Müller Soziologin und Medienwissenschafterin

Philippe Rochat Politikwissenschafter

Cloé Jans Politikwissenschafterin

Johanna Schwab Sekretariat und Administration

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.

Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG ... 3

1.1 Fragestellungen ... 3

1.2 Datenbasis ... 4

2 BEFUNDE ... 6

2.1 Problembewusstsein ... 6

2.1.1 Aktuelles Problembewusstsein ... 6

2.1.2 Problembewusstsein im Zeitvergleich ... 12

2.1.1 Zwischenbilanz Problembewusstsein ... 27

2.2 Künftige Probleme und politische Ziele ... 27

2.2.1 Zwischenbilanz der künftigen Probleme und politischen Ziele ... 30

2.3 Wirtschaftliches Umfeld ... 30

2.3.1 Persönliche wirtschaftliche Situation ... 30

2.3.2 Allgemeine Wirtschaftslage ... 34

2.3.1 Zwischenbilanz Wirtschaftliches Umfeld ... 36

2.4 Kritik und Vertrauen in Institutionen ... 36

2.4.1 Wirtschaftsversagen vs. Politikversagen ... 36

2.4.2 Vertrauen in verschiedene Akteure ... 38

2.4.3 Zwischenbilanz Kritik und Vertrauen in Institutionen ... 42

3 SYNTHESE ... 43

4 ANHANG ... 45

4.1 gfs.bern-Team ... 45

Bern, der 15. September 2014

Copyright by gfs.bern

Für die Publikation bestimmt
Publikation im Rahmen des Bulletins der Credit Suisse

1 Einleitung

1.1 Fragestellungen

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch ihre Fähigkeit aus, sich selber zu beobachten. Eine Voraussetzung dafür ist die Mediengesellschaft. Öffentlichkeit ist nicht mehr nur die Begegnung auf dem Markt oder die Versammlung von Gesinnungsgenossen; Öffentlichkeit wird vielmehr massenmedial hergestellt. Sie repräsentiert eine zweite Realität, welche untersucht werden kann. Dies ist denn auch in hohem Masse die Basis, auf welcher die Selbstreflexion moderner Gesellschaften basiert, denn nirgendwo anders ist der Überblick so gut und die Analyse so leicht.

Bei dieser Art von Öffentlichkeit handelt es sich um eine konstruierte Öffentlichkeit, deren Bildung eigengesetzlich erfolgt. Die Medienrealität ist sowohl objektiv als auch selektiv, weshalb sie durch andere Konstrukte gespiegelt werden muss.

Zu den weiteren Produkten der selbstreflexiven Berichterstattung ausserhalb der Massenmedien zählt im Speziellen die Umfrageforschung. Um es gleich vorwegzunehmen: Auch die Umfrageforschung ist objektiv-selektiv. Doch es wird dabei anders ausgewählt: Durch sie wird ein Bild der Befindlichkeit der Bürgerinnen und Bürger vermittelt, egal ob sich diese in veröffentlichten Meinungen ausdrückt oder nicht. Es wird gezeigt, wie sich Menschen verhalten, was sie denken, wie sie sich informieren und welche Schlüsse sie daraus in einer konkreten Situation ziehen.

So hergestellte Konstrukte des gesellschaftlichen Lebens sind für sich und im Idealfall kombiniert nebst der eigenen Erfahrung die wichtigste Referenz für die Politik, wenn sie allgemein verbindliche Entscheidungen trifft. Die Politik will wissen, ob das, was sie regelt, für die Menschen, als Bürgerinnen und Bürger sowie als Wählende von Belang ist, ob sie es unterstützen oder ob sie es ablehnen, und ob sie Entschlüsse auch akzeptieren und einhalten. Das Interesse an den Meinungen der Bürgerinnen und Bürger kann sowohl indirekt, vermittelt durch Massenmedien, als auch direkt, kommuniziert durch Demoskopie, sein.

Das Forschungsinstitut gfs.bern geht mit dem Sorgenbarometer genau diesen Weg:

> Von Interesse ist, was den Stimmberechtigten wichtig ist, wenn sie an mögliche Probleme des Landes denken.
>
> Von Belang ist, wo die Bürgerinnen und Bürger Prioritäten setzen würden, wenn sie Dringliches von weniger Dringlichem unterscheiden müssten.
>
> Im Zentrum des Interesses stehen auch die Hierarchien im Problembewusstsein.

Auf den Punkt gebracht, verfolgt man mit der Studie das Ziel, den politischen Problemhaushalt der Bürgerinnen und Bürger kennen zu lernen.

Das Sorgenbarometer ist ein Monitor der Meinungen der Bürgerinnen und Bürger, also der stimmberechtigten Menschen in der Schweiz. Seine Definition lautet:

> Das Sorgenbarometer ist ein demoskopisches Informationssystem zur Beobachtung der BürgerInnen-Meinungen in der Schweiz über politisch prioritäre Probleme und ihre Entwicklungen. Die Bürgerschaft wird mit der stimm- und wahlberechtigten Bürgerschaft gleich gesetzt.

Monitoren ist eigen, dass sie auf Zeit angelegt sind. Damit werden nicht nur momentane Stimmungslagen und Meinungen aufgenommen, sondern auch längerfristig gültige Trends in Einstellungen und Verhaltensweisen ermittelt. Dies wird nicht zu allen Themen gemacht, sondern meist zu einer spezifischen Fragestellung. Beim Sorgenbarometer stehen seit über zehn Jahren, drei mehr oder weniger konstante, Fragestellungen im Zentrum. Sie lauten:

> Was sind die wichtigsten, was sind die dringendsten Sorgen, welche die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz haben?
>
> Wie nehmen die BürgerInnen das wirtschaftliche Umfeld wahr?
>
> Wie beurteilen sie die gesellschaftlichen und politischen Institutionen?

Diese Fragen bilden auch das Rückgrat der Berichterstattung zum Sorgenbarometer 2014. Da das Sorgenbarometer bereits seit 1995 in der heute gültigen Form erstellt wird, können systematische Vergleiche über die Zeit gemacht werden.

Um der aktuellen wirtschaftlichen Situation und dem internationalen Umfeld, in dem sich die Schweiz befindet, besser Rechnung tragen zu können, wurde der Fragebogen des Sorgenbarometers ab 2009 leicht angepasst. Diese Anpassungen beziehen sich zum einen auf die möglichen Problemfelder und wahrgenommenen Stärken und Schwächen der Schweiz. Hier wurden neben möglichen aktuellen Problemen (z.B. Benzin-/Erdölpreis, Börsenkrise, Finanz-/Bankenkrise, religiöser Fundamentalismus, Bankkundengeheimnis und Seuchen) weitere Präzisierungen der bestehenden Probleme vorgenommen (z.B. Ergänzung der Wirtschaftsentwicklung um die Begriffe Wirtschaftskrise und Konjunktur). Zum anderen wurden neue Items rund um die Eurokrise in die Sorgenliste integriert.

1.2 Datenbasis

Grundlage des Sorgenbarometers ist eine jährliche Befragung der Stimmberechtigten in der ganzen Schweiz. Die Daten werden mittels persönlicher Interviews (so genannter Face-to-Face-Interviews) erhoben. Die Interviews wurden zwischen dem 28. Juli und dem 16. August 2014 durchgeführt. Insgesamt wurden 1'010 repräsentativ ausgewählte Personen befragt.

Tabelle 1

Technischer Kurzbericht Sorgenbarometer 2014

Auftraggeber	Credit Suisse
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Telefonverzeichnis der Swisscom (gepoolt)
Datenerhebung	Face-to-Face
Art der Stichprobenziehung **geschichtet nach**	Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Befragten Sprachregion
Befragungszeitraum	28.07. – 16.08.2014 Mean Day 06.08.2014
Stichprobengrösse	minimal 1'000, effektiv 1'010 n DCH: 710, n WCH: 250, n ICH: 50
Stichprobenfehler	±3.2 Prozent bei 50 / 50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Quotenmerkmale	Geschlecht/Alter interlocked
Befragungsdauer **Mittel** **Standardabweichung**	 62 Minuten 19.9 Minuten
Publikation	Dezember 2014

© gfs.bern, Sorgenbarometer 2014

Angaben aus repräsentativen Stichprobenerhebungen unterliegen einem statistischen Stichprobenfehler. Dieser resultiert daraus, dass man nur einen systematisch ausgewählten Teil und nicht alle Mitglieder der Grundgesamtheit befragt hat. Dabei gilt: Je mehr Mitglieder der Grundgesamtheit interviewt werden, desto mehr nähert sich das Befragungsergebnis dem Resultat in der Bezugsgruppe an. Die Annäherung flacht ab, je mehr Interviews realisiert werden. Aufgrund des abnehmenden Grenznutzens wird die Entscheidung für die zu realisierende Zahl Interviews anhand der Abwägung von Aufwand und Ertrag gefällt. Im Falle des Sorgenbarometers wurden 1'010 Personen befragt. Der so verbleibende statistische Stichprobenfehler beträgt ±3.2 Prozentpunkte. Das heisst, dass ein Wert, der mit 50 Prozent angegeben wird, (mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit) zwischen 46.8 und 53.2 Prozent liegt. Maximale Abweichungen sind dabei unwahrscheinlich, minimale wahrscheinlicher.

Die Interviews wurden vom gfs-Befragungsdienst realisiert. Zum Einsatz kamen rund 40 instruierte Befragerinnen und Befrager, welche die persönlichen Interviews vor Ort realisierten. Die Fragebogen beinhalteten sowohl die im vorliegenden Bericht vorgestellten Fragestellungen, als auch jene, welche für den Spezialteil des Sorgenbarometers zum Bild der Schweiz formuliert wurden. Beide Teile wurden miteinander befragt. Die Interviews dauerten im Durchschnitt 62 Minuten.

Die Datenanalyse erfolgte nach den üblichen statistischen Grundsätzen. Die Kommentierung von Abweichungen innerhalb des Stichprobenfehlers ist sehr zurückhaltend. Damit wird der Möglichkeit falscher Schlussfolgerungen Rechnung getragen. Der Zusammenhang zwischen zwei Variablen wird doppelt bestimmt: Zunächst mit Signifikanztests, dann mittels Korrelationsanalysen. Mit ersteren sagt man aus, ob von einem Zusammenhang im statistischen Sinne überhaupt gesprochen werden darf. Mit zweitem hat man eine Masszahl, wie stark ein existierender Zusammenhang ist. Werden gleichzeitig mehrere Einflussfaktoren getestet, wird die Regressionsanalyse eingesetzt. Diese quantifiziert die Einflüsse der einzelnen Faktoren auf ein Ergebnis.

2 Befunde

2.1 Problembewusstsein

In den folgenden Kapiteln wird das Problembewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer aktuell und im Zeitvergleich diskutiert. In einem ersten Schritt werden die Befunde zur gestützten Problemwahrnehmung präsentiert. Sie basieren auf einer Frage, bei der den Befragten eine Auswahl von Kärtchen mit möglichen Problemen vorgelegt wird, aus denen sie sodann diejenigen fünf auswählen sollen, welche sie persönlich als die wichtigsten Probleme der Schweiz erachten. Auf dieser Sorgenskala basieren die definitiven Zahlen des Sorgenbarometers, welche wir auch im Trend auswerteten. Die Befragten werden anschliessend gebeten, von den zuvor bezeichneten fünf Problemen dasjenige auszuwählen, welches ihrer Meinung nach am dringendsten einer Lösung bedarf. Das Ranking des dringendsten Problems beruht auf dieser Fragestellung. Das aktuelle Problembewusstsein wird schliesslich auch noch mit einer offenen Fragestellung abgefragt. Die Resultate dieser ungestützten Problemwahrnehmung werden am Ende des Abschnitts vorgestellt.

2.1.1 Aktuelles Problembewusstsein

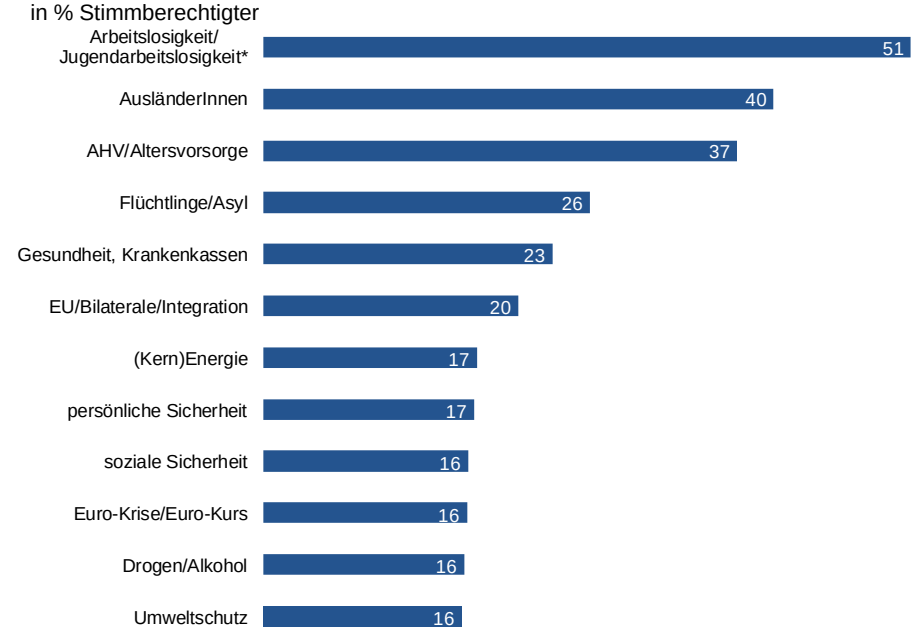
Unangefochten an der Spitze der Sorgenrangliste steht die Arbeitslosigkeit. Sie wird von einer knappen Mehrheit (51%) der SchweizerInnen als eines der fünf drängendsten Probleme bezeichnet. Sodann folgen mit 40 Prozent migrationsrelevante Fragen. Unter Überfremdungsängste lassen sich zudem auch die Sorgen um das Asylwesen und die Flüchtlinge subsumieren, die mit 26 Prozent aktuell den vierten Rang belegen. Rang drei nehmen die Problemnennungen der Altersvorsorge (37%) ein. Nur noch auf Platz fünf rangieren Gesundheitsfragen (23%). Vor elf Jahren wurde das Gesundheitswesen noch am zweithäufigsten genannt, wenn nach den drängendsten Problemen gefragt wurde. Seither wurden diese Sorgen von anderen kontinuierlich verdrängt. Die sechsthäufigste Nennung entfällt auf die EU beziehungsweise Europa. Jedem fünften respektive jeder fünften SchweizerIn bereitet das vom Ergebnis der Masseneinwanderungsinitiative auf eine harte Probe gestellte Verhältnis zur Europäischen Union Sorgen. Dieser Wert hat gegenüber 2013 leicht zugenommen. Indes, angesichts der Dauerpräsenz des Themas in den Medien dürfte ein drastischerer Anstieg erwartet werden. Auf Rang sieben äussern 17 Prozent der Befragten Bedenken um die persönliche Sicherheit. Energiefragen beschäftigen die SchweizerInnen ebenfalls (17%), genauso wie das Thema Umweltschutz (16%). Die Top Ten werden schliesslich abgerundet durch Fragen der sozialen Sicherheit, der Euro-Krise, der Drogen und des Umweltschutzes, auf die allesamt 16 Prozent der Nennungen entfallen.

Grafik 1

Problembewusstsein 2014 (1)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



* Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt

© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

Direkt hinter den zehn drängendsten Problemen kommen die Banken- und Finanzkrise und die neue Armut zu liegen. Die Sorgenwerte für die Finanzkrise haben sich dabei bei 14 Prozent eingependelt, nachdem sie in der Vergangenheit stark geschwankt haben. Rassismus ist in der Problemwahrnehmung der SchweizerInnen präsent (11%) ebenso wie Löhne (10%) und Inflation (9%). Der von allzu hohen wie auch tiefen Löhnen verursachte Problemdruck hat indes abgenommen – im Gegensatz zur Zahl der Lohn-Initiativen (Abzockerinitiative, 1:12-Initiative, Mindestlohn-Initiative), über die in den vergangenen einhalb Jahren abgestimmt wurde. In der unteren Mitte der meist genannten Probleme sind sodann noch der Datenschutz (9%) und die Benzin- und Erdölpreise (9%) zu nennen.

Grafik 2

Problembewusstsein 2014 (2)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."
in % Stimmberechtigter

© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

Die persönliche Sicherheit, welche im Wesentlichen durch Kriminalität gefährdet ist, bereitet den BürgerInnen, wie oben gezeigt, erhebliche Sorgen, nicht aber die *allgemeine* Sicherheitslage. Vor Extremismus beziehungsweise Terrorismus fürchten sich die BürgerInnen nicht allzu sehr (9%), genauso wenig wie vor religiösem Fundamentalismus (7%). Auch Armeefragen werden bloss von 8 Prozent als eines der fünf wichtigsten Probleme herausgegriffen. Die unsichere Lage im Osten der Ukraine, aber auch die Zukunft der Schweizer Luftverteidigung nach dem Gripen-Nein scheinen die BürgerInnen nicht allzu stark zu beschäftigen.

Grafik 3

Problembewusstsein 2014 (3)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."
in % Stimmberechtigter

© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

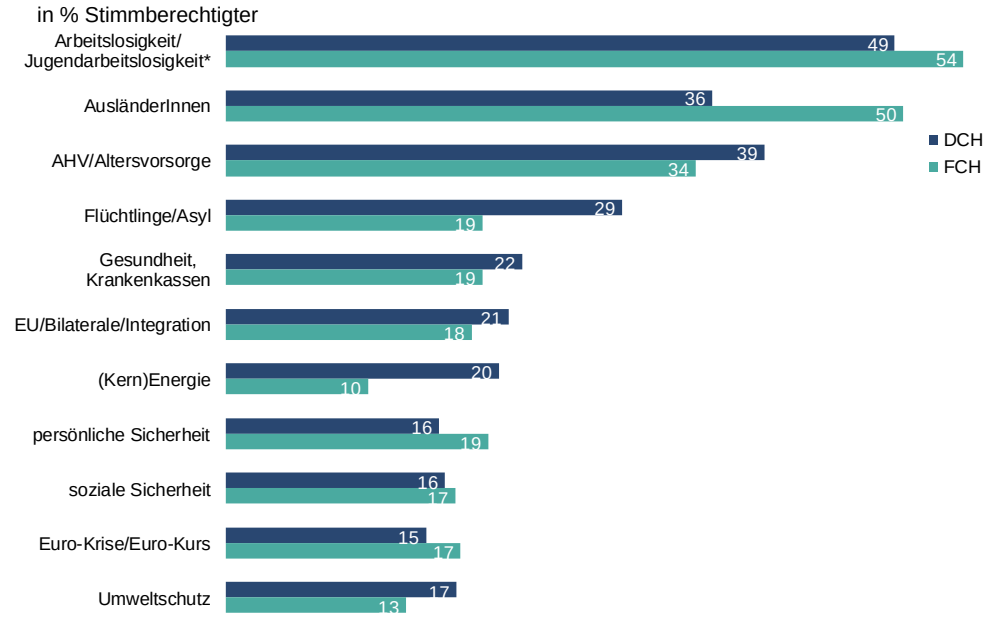
Themen wie Familienpolitik, Landwirtschaft, Bildung oder Gleichstellung, welche in den parlamentarischen Debatten viel Raum einnehmen, sind im Problembewusstsein der Stimmberechtigten hingegen kaum präsent.

In zweierlei Hinsicht bemerkenswert ist die unterschiedliche Betonung des Themas AusländerInnen in den beiden grossen Sprachregionen. In der Romandie werden Migrations- und Zuwanderungsfragen wesentlich stärker betont als in der Deutschschweiz, allerdings ohne dass sich dies in einem entsprechenden Abstimmungsverhalten niederschlagen würde. Die Romandie hat die Masseneinwanderungsinitiative beispielsweise mehrheitlich abgelehnt, während die deutschsprachigen Regionen in der Mehrheit ein Ja in die Urnen einlegten. Hingegen sorgen sich die Deutschschweizer Stimmberechtigten stärker um Asylfragen als die Romand(e)s. Was die Arbeitslosigkeit betrifft, unterscheiden sich Romandie und Deutschschweiz vor allem im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit, die wir der intertemporalen Vergleichbarkeit wegen in den Abbildungen zusammen mit der (generellen) Arbeitslosigkeit ausgewiesen haben. In der Romandie wird Jugendarbeitslosigkeit signifikant häufiger als Problem genannt als in der Deutschschweiz, nicht aber die generelle Arbeitslosigkeit. Letzteres ist angesichts der chronisch höheren Arbeitslosenrate in der Romandie durchaus bemerkenswert. Zuletzt ist die Kernenergie in der Problemwahrnehmung der DeutschschweizerInnen präsenter (20%) als in derjenigen der Romand(e)s (10%). Das ist einerseits auf die Standorte der Schweizer Kernkraftwerke, aber zu einem wohl nicht unerheblichen Teil auch auf kulturell unterschiedliche Grundhaltungen zum Verhältnis zwischen Mensch und Natur zurückzuführen.

Grafik 4

Problembewusstsein 2014 nach Sprachregion

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."



* Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt

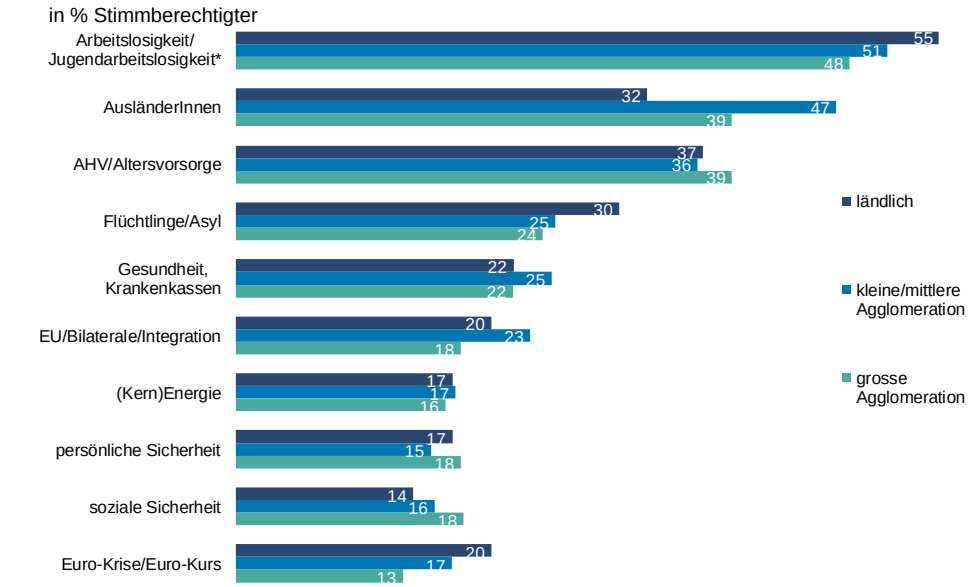
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

Auch nach Siedlungsart ergeben sich deutliche Unterschiede. Städte werden aus strukturellen Gründen mit anderen Problemen konfrontiert als Landgebiete. In den ruralen Regionen macht man sich deshalb vor allem Sorgen um Arbeitslosigkeit, während in den Städten die Altersvorsorge und die soziale Sicherheit überdurchschnittlich häufig als Problem genannt werden. In den kleineren und mittleren Agglomerationen wiederum werden Fragen rund um AusländerInnen und die EU viel stärker thematisiert als in den beiden anderen Regionen.

Grafik 5

Problembewusstsein 2014 nach Siedlungsart

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."



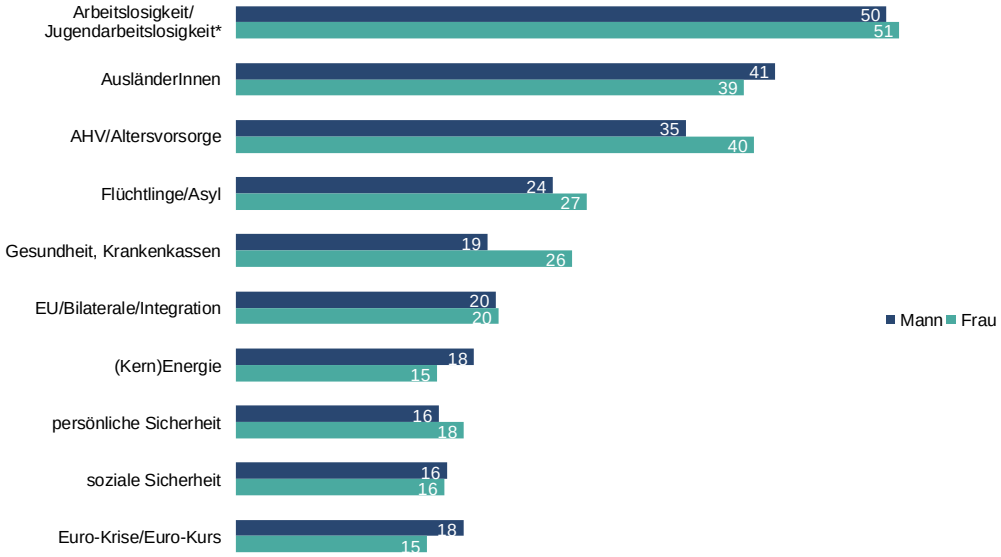
* Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

Die Geschlechterdifferenzen sind nicht derart ausgeprägt wie diejenigen zwischen den Regionen. Frauen betonen den Problemdruck rund um die Themen Altersvorsorge und Gesundheit stärker als Männer. Höhere Betroffenheit ist hier wohl der ausschlaggebende Faktor. Denn Frauen werden im Schnitt älter als Männer, weshalb die Altersvorsorge, aber auch Gesundheitsfragen an Bedeutung für (ältere) Frauen gewinnen. Männer machen sich hingegen mehr Sorgen um die generelle Arbeitslosigkeit.[1]

Grafik 6

Problembewusstsein 2014 nach Geschlecht

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."



* Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

[1] Unterscheidet man zusätzlich zwischen genereller Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, so zeigen sich geschlechterspezifische Differenzen: Frauen betonen eher die Jugendarbeitslosigkeit (25%), Männer die generelle Arbeitslosigkeit (38%).

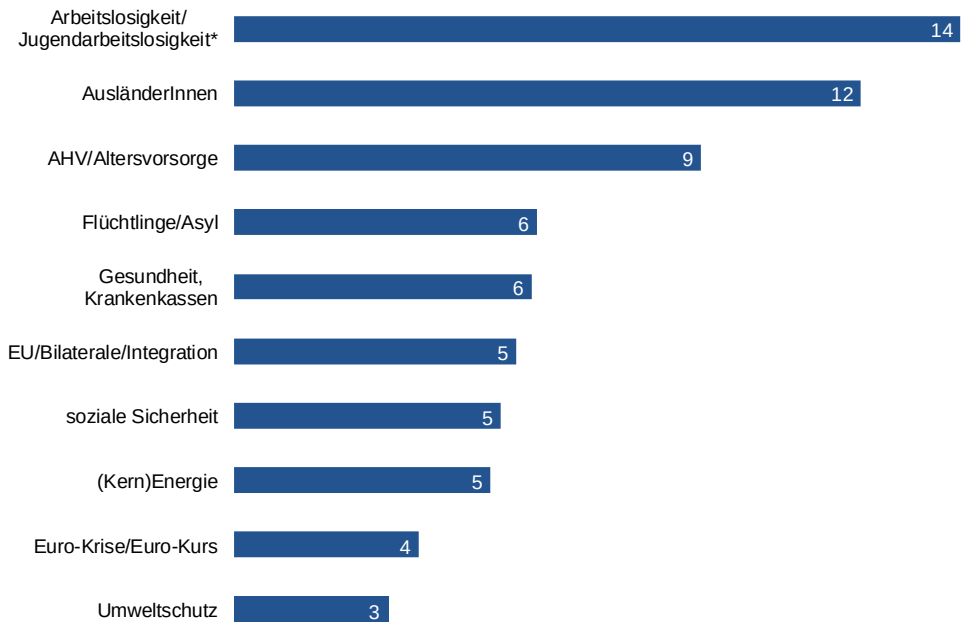
Wird gefragt, welches der fünf vom Befragten zuvor bezeichneten Probleme am *dringendsten* einer Lösung bedarf, gaben insgesamt 14 Prozent die Arbeitslosigkeit an. Der Angst vor Arbeitsplatzverlust folgen migrationsrelevante Fragen dicht (12%), während die Altersvorsorge mit einem Anteil von 9 Prozent aller Nennungen an dritter Stelle rangiert. Die ersten sechs Plätze werden in der genau gleichen Reihenfolge von denjenigen Problemen belegt, die diese Rangplätze schon bei der Sorgenfrage mit Mehrfachnennungen einnahmen. Danach folgen im Ranking der dringendsten Probleme die soziale Sicherheit (5%), die Kernenergie (5%), die Eurokrise (4%) und der Umweltschutz (3%).

Grafik 7

Dringendstes Problem 2014 (1)

"Und welches dieser fünf wichtigsten Probleme müsste Ihrer Ansicht nach an erster Stelle gelöst werden?"

in % Stimmberechtigter



* Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt

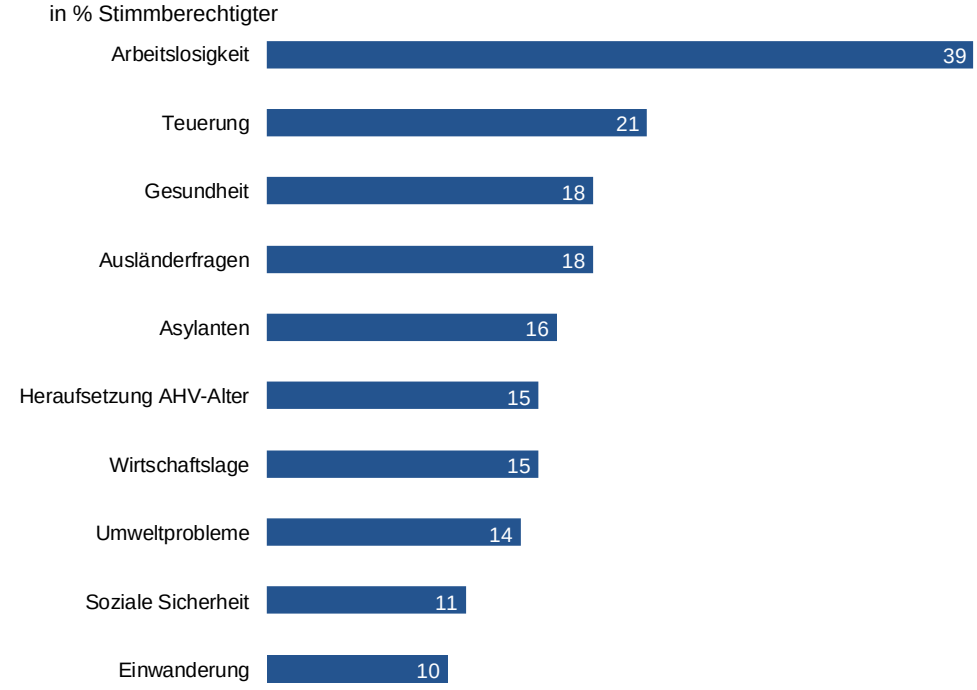
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

Wenn schliesslich offen nach den fünf wichtigsten Problemen gefragt wird, ergibt sich eine ähnliche Sorgenrangliste wie bei der geschlossenen Variante. 39 Prozent der Stimmberechtigten kommt bei der offenen Frage die Arbeitslosigkeit spontan in den Sinn, womit die wirtschaftliche (Arbeitsplatz-)Sicherheit auch das offene Ranking der Sorgen anführt. Sodann folgen die Teuerung (21%) und Gesundheitsfragen (18%). Beunruhigung lösen indes auch Fragen rund um AusländerInnen (18%), AsylantInnen (16%) und die Einwanderung (10%) aus. Summiert man diese Werte, so wird die entsprechende Oberkategorie "Ausländer- und Asylpolitik" von 44 Prozent der Stimmberechtigten als wichtigstes Problemfeld wahrgenommen.

Grafik 8

Die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz

"Welches sind heute Ihrer Meinung nach die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz? "



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

2.1.2 Problembewusstsein im Zeitvergleich

Im Rahmen dieses Kapitels sollen interessante zeitliche Entwicklungen einzelner Probleme beschrieben werden. Zum Anfang wird aber eine Übersicht des Problembewusstseins im Trend betrachtet. Diese deckt insbesondere zeitliche Veränderungen der Rangfolge der wichtigsten Probleme auf. Entwicklungen der wichtigsten Probleme und deren thematischen Verwandten werden in der Folge ausführlicher beschrieben.

Nachdem Sorgen um Arbeitslosigkeit in den letzten vier Jahren trotz trüben Wirtschaftsaussichten stetig an Bedeutung verloren haben, fand 2014 eine Trendumkehr statt. Die Sorgenwerte stiegen erstmals seit 2010 wieder an und dies kräftig (+7%). Auch migrationsrelevante Fragen beschäftigen die Schweizer und Schweizerinnen nach wie vor. Überraschend ist dies nicht, die Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative ist Ausdruck davon. Indes, der Problemdruck hat nur geringfügig zugenommen. Die Sorgenwerte für AusländerInnen sind bloss leicht angestiegen (+3%), diejenigen rund um Fragen des Asylwesens und der Flüchtlinge sind gar zurückgegangen (-2%). Hingegen bietet das vom gleichen Abstimmungsergebnis belastete Verhältnis zur EU mehr Grund zur Besorgnis als im Vorjahr (+4%). Unsichere Zukunftsaussichten bereiten generell Sorgen und die auf der Schwebe stehenden bilateralen Verträge mit der EU bilden hierbei keine Ausnahme. Selbiges gilt auch für die Altersvorsorge. Die unsichere Zukunft der AHV stimmt Schweizer und Schweizerinnen wieder deutlich sorgenvoller (+8%), etwas weniger die weitere Entwicklung der Finanzmärkte (+1%).

Angst um die persönliche (-7%), aber auch soziale Sicherheit (-5%) machen sich die Schweizer hingegen wieder weniger. Die intensive Lohndebatte der jüngeren Vergangenheit (Abzockerinitiative, 1:12- und Mindestlohn-Initiative) hat ebenfalls keine nachhaltige Spuren im Problembewusstsein der BürgerInnen hinterlassen. Sorgen um Löhne sind im Rückgang (-9%), ebenso wie solche um Inflation und Teuerung. Auch das Thema neue Armut hat leicht abgenommen (-4%). Die "Entschärfung" der Exportprobleme der Schweizer Wirt-

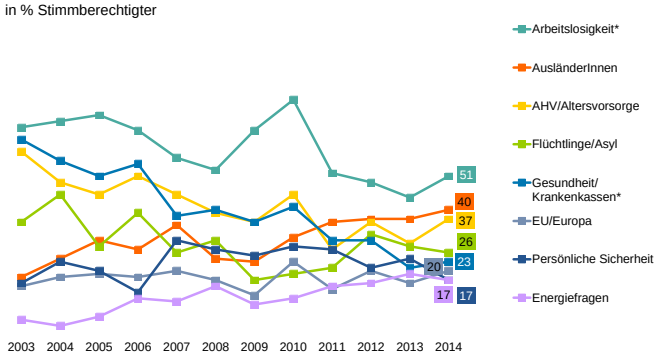
schaft durch die selbstauferlegte Anbindung des Franken an den Euro zeigt zudem Wirkung. Denn die Wahrnehmung der Euro-Krise als Problem verharrt bei rund 16 Prozent (+1%). Die hohen Sorgenwerte (22%), welche die Eurokrise noch vor zwei Jahren erzielte, sind vorerst Vergangenheit. Stabil geblieben sind auch die Werte für Rassismus/Fremdenfeindlichkeit und Umweltschutz.

Grafik 9

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2014 (1)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



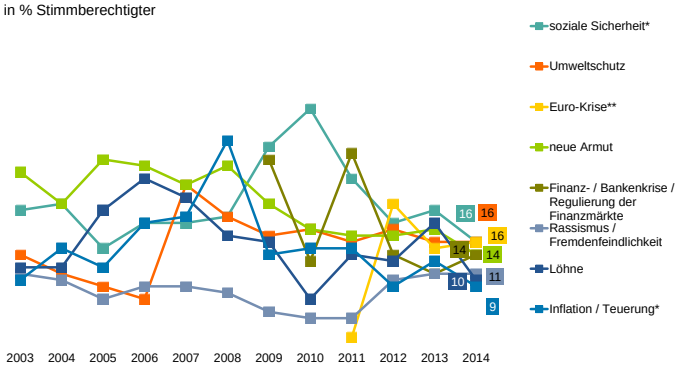
Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt, für Trend-Graphik addiert

© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000) *2009 sprachliche Präzisierungen

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2014 (2)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000) *2009 sprachliche Präzisierungen **neu seit 2012

Das Bedürfnis nach Sicherheit ist eines der grundlegendsten anthropologischen Konstanten. Ist die Sicherheit gefährdet, werden andere Sorgen verdrängt; sie nehmen dann in der Regel einen untergeordneten Platz ein. Dieses Sicherheitsbedürfnis wird in der Schweiz grossmehrheitlich gestillt, wobei es zwischen persönlicher und sozialer Sicherheit zu unterscheiden gilt. Die Konjunktur des sozialen Sicherheitsgefühls folgt grosso modo dem wirtschaftlichen Konjunkturverlauf – wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Nach Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise 2008 wurde 2010 die soziale Sicherheit von 37 Prozent der Stimmberechtigten als gefährdet wahrgenommen. Dieser Betrag markierte einen Rekordwert. Niemals zuvor und auch danach sorgten sich so viele Stimmberechtigten um ihre soziale Absicherung. Mit der Konsolidierung der Finanzmärkte und der Beruhigung der Wirtschaftslage nahmen diese Sorgen jedoch wieder ab beziehungsweise wurden von anderen Problemen verdrängt.

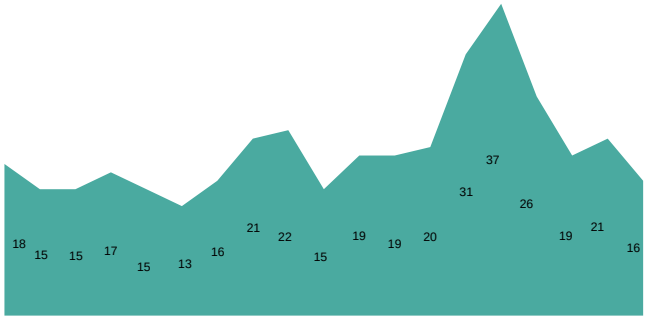
Die Sorgen um die persönliche Sicherheit, also um "Leib und Leben", haben im diachronen Vergleich zwischen 1996 und 2007 – abgesehen von einigen, wenigen Ausnahmen – stetig zugenommen. Zwischen 2007 und 2013 pendelten sich die Sorgenwerte auf einem vergleichsweise hohen Niveau ein, bevor sie dieses Jahr zum ersten Mal seit 2006 auf unter 20 Prozent fielen.

Grafik 10

Trend Problembewusstsein 1996 bis 2014

soziale Sicherheit (bis 2008) – Sicherung der Sozialwerke AHV+IV / soziale Sicherheit (ab 2009)

in % Stimmberechtigter

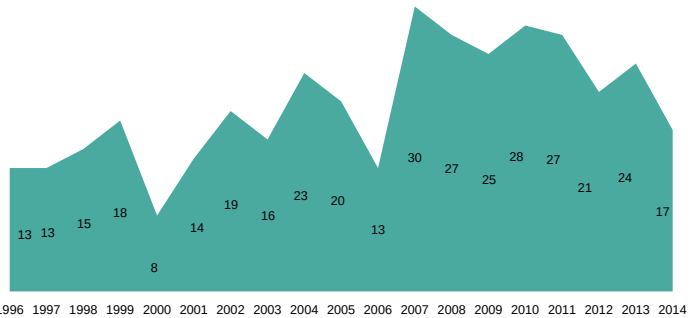


© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Problembewusstsein 1996 bis 2014

persönliche Sicherheit / Kriminalität (bis 2008) – persönliche Sicherheit / Kriminalität / Gewalt in Stadien (ab 2009)

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Das Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit wird dabei vor allem durch das Alter determiniert: Ältere Stimmberechtigte machen sich im Vergleich am meisten Sorgen um ihre persönliche Sicherheit (Anteil Nennungen: 27%), gefolgt von 18-29-Jährigen (20%).

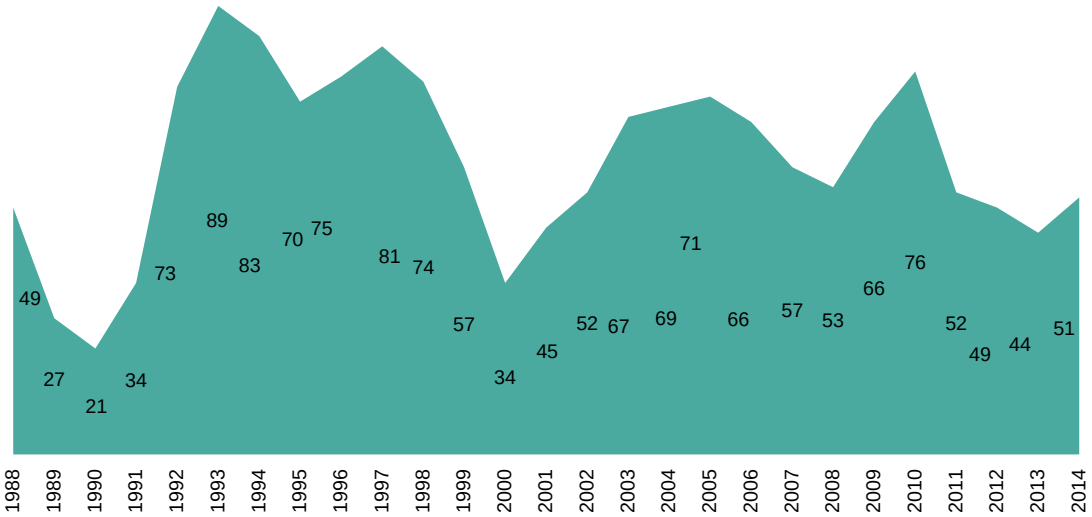
Aufschlussreich ist auch der genauere Blick auf die Entwicklung zweier Probleme, welche als wahre Dauerbrenner regelmässig die Spitzenränge der Sorgenskala der Schweizer Stimmberechtigten belegen: Für die seit über zehn Jahren erstplatzierte Sorge Arbeitslosigkeit kam es 2014 zu einer Trendumkehr. Nachdem die Sorgenwerte für Arbeitslosigkeit in den Jahren zuvor rückläufig waren, stiegen sie 2014 wieder klar an.

Grafik 11

Trend Problembewusstsein 1988 bis 2014

Arbeitslosigkeit (bis 2008) – Arbeitslosigkeit / Jugendarbeitslosigkeit (ab 2009)

in % Stimmberechtigter



Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt, für Trend-Graphik addiert

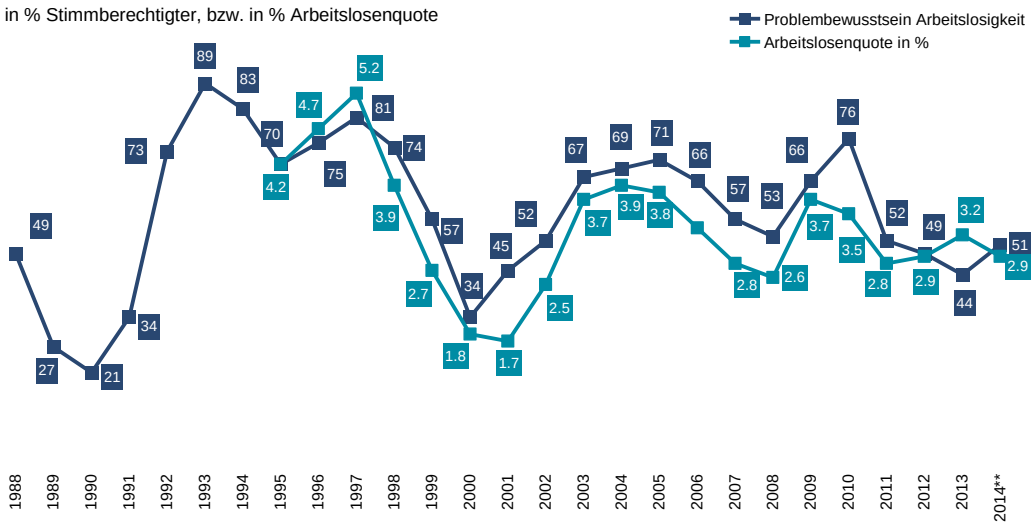
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Generell folgen die Sorgenwerte für Arbeitslosigkeit den realen Beschäftigungszahlen. Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosenzahlen und der entsprechenden Problemwahrnehmung ist gar als eng zu bezeichnen, wie die nachfolgende Abbildung zeigt. 2013 und 2014 war dies jedoch nicht der Fall. Allerdings können die diesjährigen Werte nur unter Vorbehalt zu Vergleichszwecken herangezogen werden, da für das Jahr 2014 noch kein jährlicher Durchschnittswert der Arbeitslosenrate vorliegt. Wir haben in der Abbildung die Arbeitslosenquote vom Monat Juli 2014 berücksichtigt, was aber – wie gesagt – nicht vergleichbar ist mit den anderen, in der Grafik abgebildeten Werten.

Grafik 12

Trend: Problembewusstsein 1988 bis 2014

"Arbeitslosigkeit" (bis 2008) / "Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit" (ab 2009)



Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt, für Trend-Graphik addiert

© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte Arbeitslosenquote von 1995-2014 (Seco)

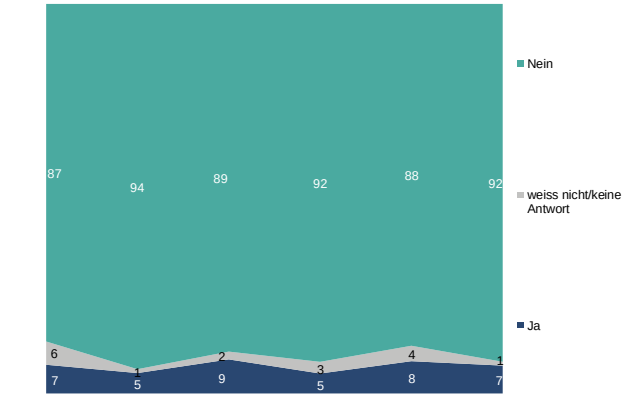
** Arbeitslosenquote Juli 2014

Die Sorgen um Arbeitslosigkeit haben zudem nicht zwingend mit der eigenen Arbeitsplatzsicherheit zu tun. Zwar wird die Arbeitslosigkeit als dringendstes Problem von solchen, die ihre Stelle in den letzten 12 Monaten verloren haben oder einen Jobverlust innerhalb des nächsten Jahres befürchten, signifikant häufiger angegeben als von solchen, die ihren Arbeitsplatz als sicher bezeichnen. Aber gesamthaft betrachtet sind die Sorgen um Arbeitslosigkeit deutlich höher (51%) als der Anteil derer, die sich (unmittelbare) Sorgen machen um den eigenen Job (14%).

Grafik 13

Filter Trend Stellenverlust nächste 12 Monate

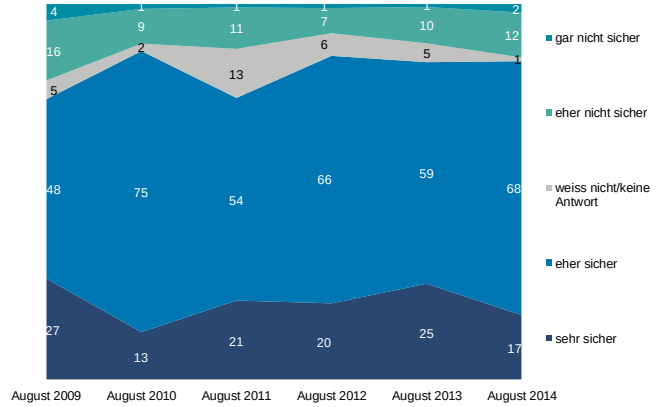
"Befürchten Sie selbst, dass Sie in den nächsten 12 Monaten Ihre Arbeitsstelle verlieren?"
in % Stimmberechtigter, die erwerbstätig sind



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (n = jeweils ca. 650)

Filter Trend Sicherheit Arbeitsplatz

"Und ganz generell betrachtet: Wie sicher ist Ihrer Meinung nach Ihr eigener Arbeitsplatz?"
in % Stimmberechtigter, die erwerbstätig sind



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (n = jeweils ca. 650)

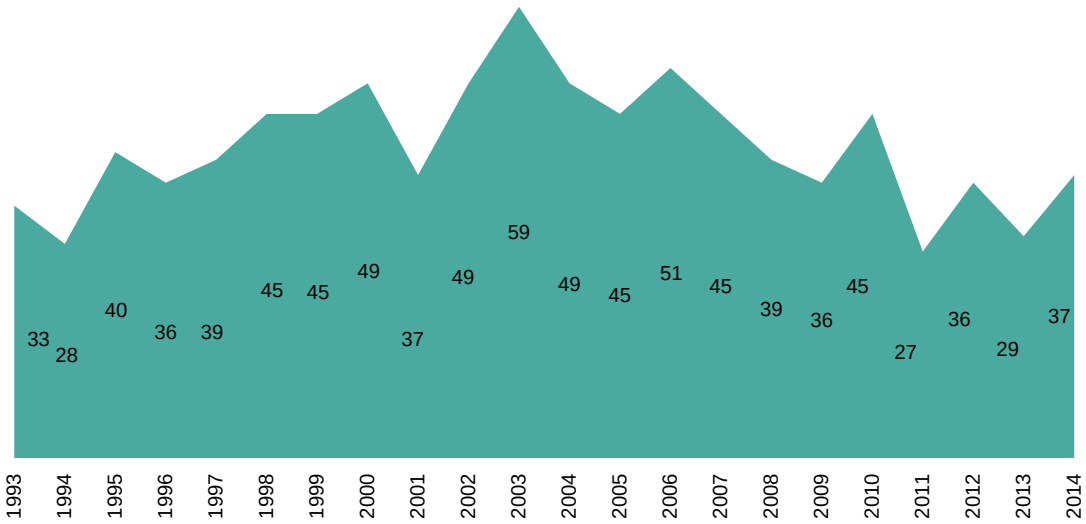
Bei der Altersvorsorge sind stabilere Trends erkennbar. Die Sicherheit der Renten ist zwar ebenfalls an reale Wirtschaftsdaten gekoppelt, aber in einer komplexeren Form als beim unmittelbare(re)n Verhältnis zwischen real vorliegender Arbeitslosigkeit und der Angst vor Stellenabbau. Seit dem Peak im Jahre 2003 sind die Sorgen um die Altersvorsorge – geglättet betrachtet – kontinuierlich zurückgegangen.

Grafik 14

Trend Problembewusstsein 1993 bis 2014

AHV / Altersvorsorge

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

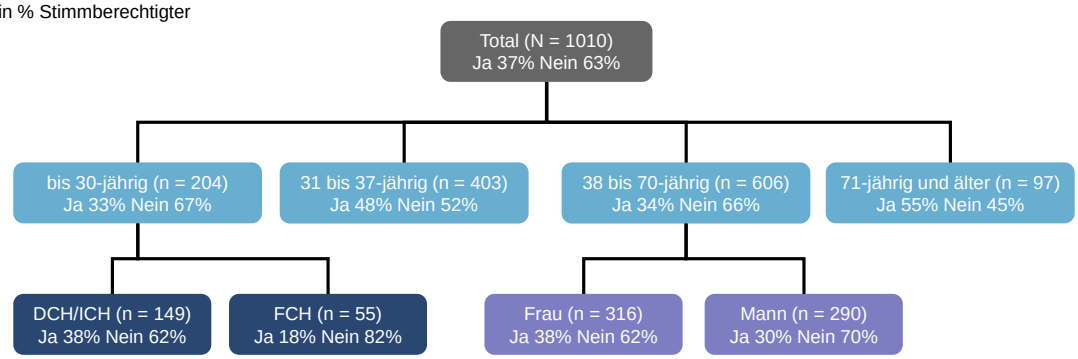
Die Sorge rund um die Altersversicherung unterscheidet sich dabei nach der Lebensphase, in welcher sich das einzelne Individuum befindet. Die Erwartungssicherheit betreffend Renten ist für die jüngsten Stimmberechtigten aufgrund der langfristigen Perspektive am geringsten, gleichwohl machen sich die unter 30-Jährigen viel weniger Sorgen um die Altersvorsorge als andere Altersgruppen. Der Grund: Für sie liegt das Pensionsalter schlicht noch in (zu) weiter Zukunft, um sich jetzt schon Sorgen zu machen. Anders die über 70-Jährigen. Sie sind unmittelbar und aktuell von der Altersvorsorge betroffen. Ihre Problemwahrnehmung wird von dieser Sorge deshalb geradezu dominiert.

Bei den jungen Stimmberechtigten zeigen sich zudem auch Unterschiede zwischen der Romandie und der Deutschschweiz.

Grafik 15

Profilbaum Problembewusstsein AHV/Altersversicherung

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

Lesebeispiel: Erklärungsfaktoren, die besser helfen, das Problembewusstsein korrekt vorauszusagen, sind in einer höheren Position aufgeführt (1. Reihe vs. 2. Reihe). Erklärungsfaktoren, die in der Baumstrukturanalyse keinen signifikanten Eigenwert haben, sind nicht aufgeführt. Erklärungsfaktoren einer vorhandenen untergeordneten Ebene haben jeweils nur auf die einzelne Ausprägung der übergeordneten Ebene selbst einen signifikanten Einfluss.

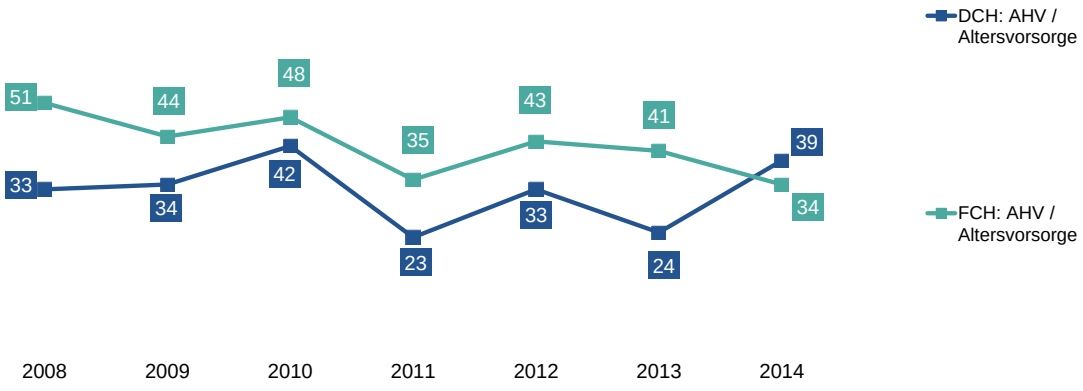
Sprachregional verhielt sich die Dynamik der Sorgen um die AHV lange Zeit in beiden Sprachregionen ähnlich. Dabei wurden in der Romandie die entsprechende Sorgen eher zum Ausdruck gebracht als in der Deutschschweiz. 2014 markiert hier einen Wendepunkt: Erstmals seit 2008 überholten die Deutschschweizer Sorgenwerte diejenigen der Romandie.

Grafik 16

Trend Problembewusstsein 2008 bis 2014 nach Sprache AHV/Altersvorsorge

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



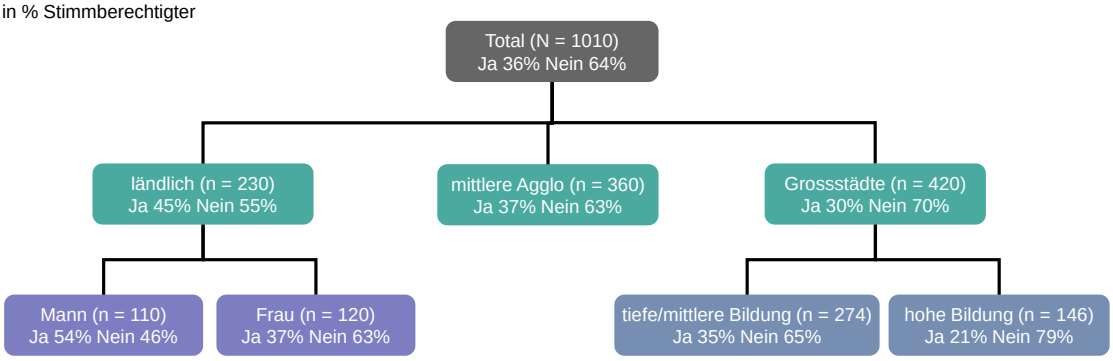
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Das soziodemografische Profil der Sorge um Arbeitslosigkeit wird stark regional geprägt. Das Problembewusstsein ist in den ländlichen Regionen der Schweiz deutlich stärker ausgeprägt als in den Städten. In den Städten zeigen sich vor allem Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Bildungsferne Schichten sorgen sich stärker um Arbeitslosigkeit als Befragte mit einem hohen formalen Schulabschluss. Diese Unterschiede reflektieren bis zu einem gewissen Grad auch die Unterschiede in der Risikowahrnehmung. Tiefere Bildungsschichten sind eher von Arbeitslosigkeit betroffen als höhere Bildungsschichten. Auf dem Land wiederum sind die Sorgen um die Arbeitslosigkeit generell höher als in den urbanen Zentren. Dabei sind es vor allem Männer, welche dieses Problem beschäftigt. Das korreliert nun nicht mit den realen geschlechterspezifischen Arbeitslosenquoten auf dem Land. Aber aufgrund dessen, was wir etwa aus den beiden Abstimmungen über den Familienartikel und die Familieninitiative wissen – wo es auch um einen Konflikt zwischen verschiedenen Familienmodellen ging – ist das "klassische" Familienmodell mit dem Mann als Ernährer auf dem Land stärker verbreitet als in den Städten. Die Sorge, den Arbeitsplatz zu verlieren, ist für den Erwerbstätigen in einem Einernährermodell (zumeist der Mann) deshalb umso grösser als in einem Modell, in welchem beide erwerbstätig sind.

Grafik 17

Profilbaum Problembewusstsein Arbeitslosigkeit

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

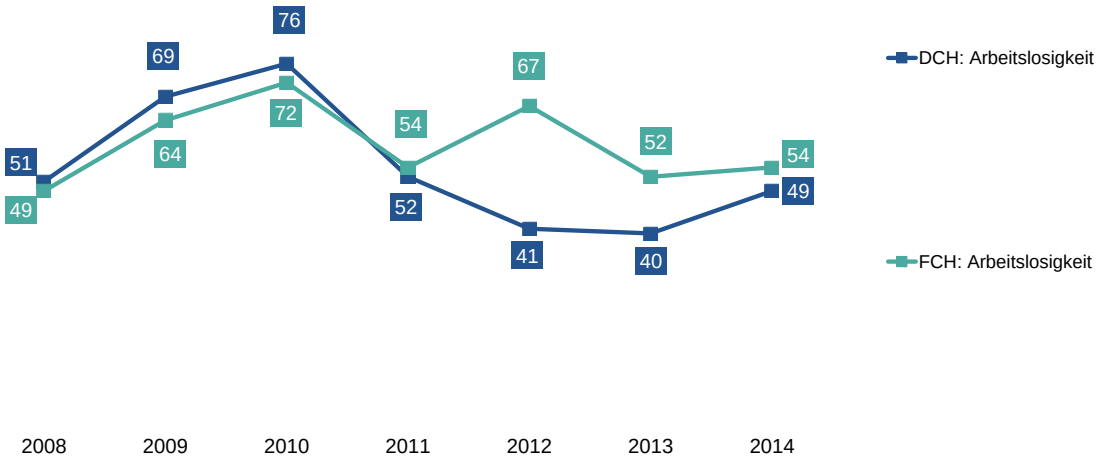
Betrachten wir die Dynamik des Problembewusstseins um das Thema Arbeitslosigkeit nach Sprachregionen, so verliefen die Linien der beiden Sprachregionen bis 2011 beinahe parallel zueinander und dies etwa auf gleicher Höhe. 2012 sind die Linien auseinanderdividiert, wobei die Romandie jeweils die deutlich höheren Sorgenwerte aufwies als die Deutschschweiz. 2014 haben sich die beiden Linien wieder stark angenähert.

Grafik 18

Trend Problembewusstsein 2008 bis 2014 nach Sprache Arbeitslosigkeit

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt, für Trend-Graphik addiert

© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

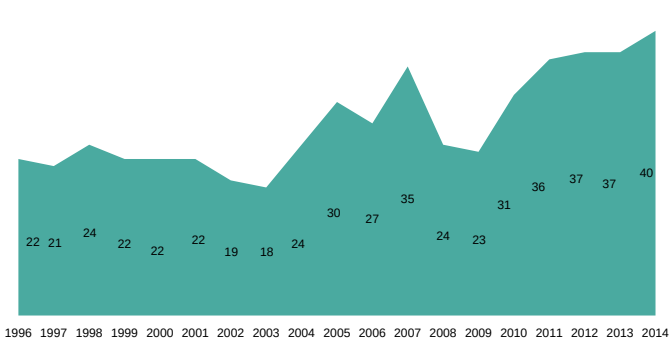
Wenn wir das Problembewusstsein rund um Ausländer- und Asylfragen betrachten, zeigt sich, dass sich der Problemdruck beim ersteren in den letzten fünf Jahren stark aufgebaut hat. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Problemwahrnehmung nochmals zugelegt, und zwar um 3 Prozent. Flüchtlings- und Asylfragen hingegen haben langfristig betrachtet an Relevanz eingebüsst. Zwar ist der Problemdruck zwischen 2009 und 2012 kräftig angestiegen. Seither aber nimmt er, wenn auch nur wenig, so doch kontinuierlich ab.

Grafik 19

Trend Problembewusstsein 1996 bis 2014

AusländerInnen / Integration (bis 2008) – AusländerInnen / Integration / Personenfreizügigkeit (ab 2009)

in % Stimmberechtigter

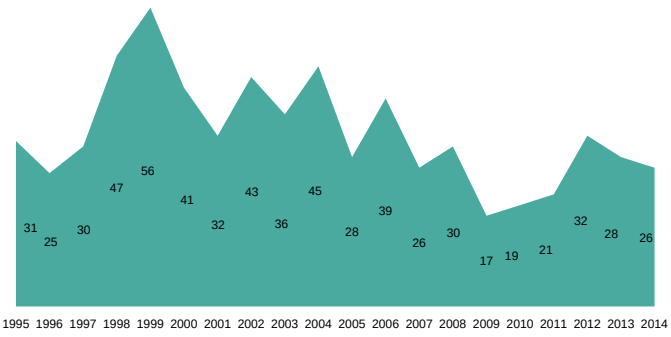


© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Problembewusstsein 1995 bis 2014

Flüchtlinge / Asylfragen

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

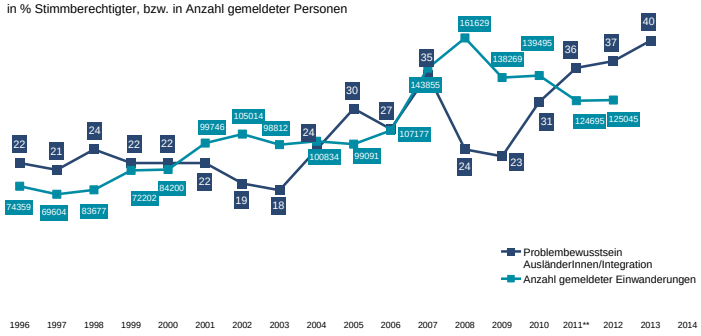
Die Sorgenwerte für Ausländer- und Asylfragen sind zwar beileibe keine mathematische Funktion der Anzahl Einwanderungen beziehungsweise Asylgesuche, aber sie folgten jenen Werten in der Vergangenheit oft. Seit 2010 ist aber ein Auseinanderdividieren zu beobachten. Die vom BfS ausgewiesene Zahl der gemeldeten Einwanderungen war rückläufig, die Problemnennungen betreffend AusländerInnen haben aber graduell zugenommen. Jedes politische Thema – und in besonderem Masse trifft dies auf die Ausländerpolitik zu – ist nicht nur von realen Entwicklungen abhängig, sondern auch von ihrer Medienpräsenz.

Grafik 20

Trend: Problembewusstsein 1996 bis 2014

"AusländerInnen/Integration" (bis 2008) / "AusländerInnen/Integration/Personenfreizügigkeit" (ab 2009)

in % Stimmberechtigter, bzw. in Anzahl gemeldeter Personen



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

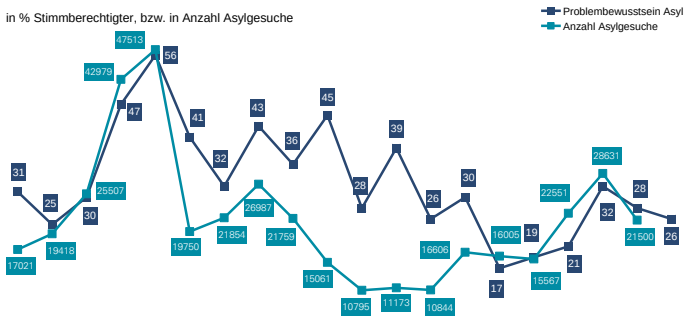
*Werte Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung 1996-2012, in Anzahl gemeldeter Personen (Bundesamt für Statistik)

** Ab 2011 Wechsel des Produktionsverfahrens und neue Definition der ständigen Wohnbevölkerung, die zusätzlich Personen im Asylprozess mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens 12 Monaten umfasst.

Trend: Problembewusstsein 1995 bis 2014

"Flüchtlinge/Asyl"

in % Stimmberechtigter, bzw. in Anzahl Asylgesuche



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte der Asylgesuche von 1995-2013, in Anzahl gemeldeter Gesuche (Bundesamt für Statistik, 2013 Bundesamt für Migration)

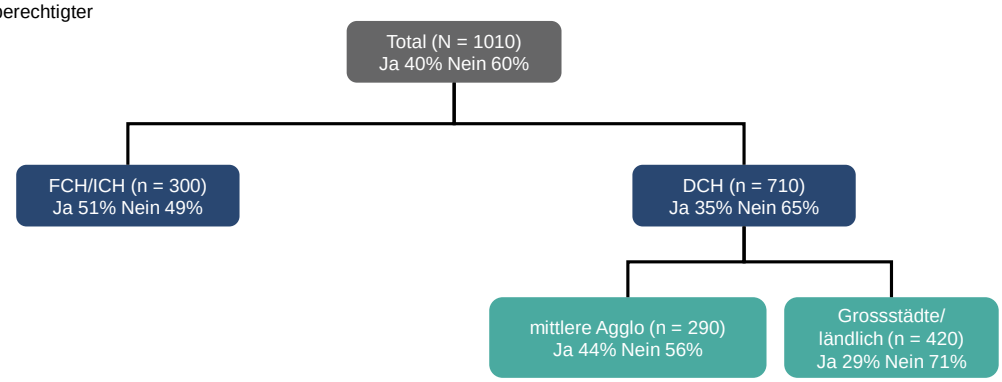
Wenn wir nun das soziologische Profil der Sorge um Ausländerfragen betrachten, wird deutlich, dass sie sprachregional unterschiedlich ausgeprägt sind. In der Romandie werden Ausländerfragen deutlich häufiger als Problem bezeichnet als in der Deutschschweiz. Wie gesagt, würde man daraus ein besonders behördenkritisches Abstimmungsverhalten bei entsprechenden Vorlagen (z.B. Masseneinwanderungsinitiative) erwarten. Indes, das ist nicht der Fall. Die Romandie stimmt fast schon traditionell signifikant stärker gegen Ausländerinitiativen von rechts als die Deutschschweiz. So war es im Übrigen auch bei der Masseneinwanderungsinitiative. Problemwahrnehmung und Verantwortungszuweisung driften im Falle der Romand(e)s demnach auseinander. Nicht die Regierung beziehungsweise die Mehrheit des Parlaments werden für die ungelösten Probleme in der Ausländerpolitik verantwortlich gemacht (denn dies würde in einer entsprechend stärkeren Unterstützung der Ausländerpolitik der Minderheit des Parlaments, sprich: der SVP, münden), sondern andere Akteure oder Faktoren.

In der Deutschschweiz hingegen wird ein Phänomen belegt, das aus entsprechenden Ausländerabstimmungen hinlänglich bekannt ist. Der suburbane Gürtel rund um die urbanen Zentren, die kleineren und mittleren Agglomerationen, nehmen AusländerInnen viel eher als Problem wahr als die StädterInnen. Und in diesen Agglomerationen entlädt sich der wahrgenommene Problemdruck auch in eine entsprechend hohe Unterstützung für die oppositionelle Ausländerpolitik.

Grafik 21

Profilbaum Problembewusstsein Ausländerfragen

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

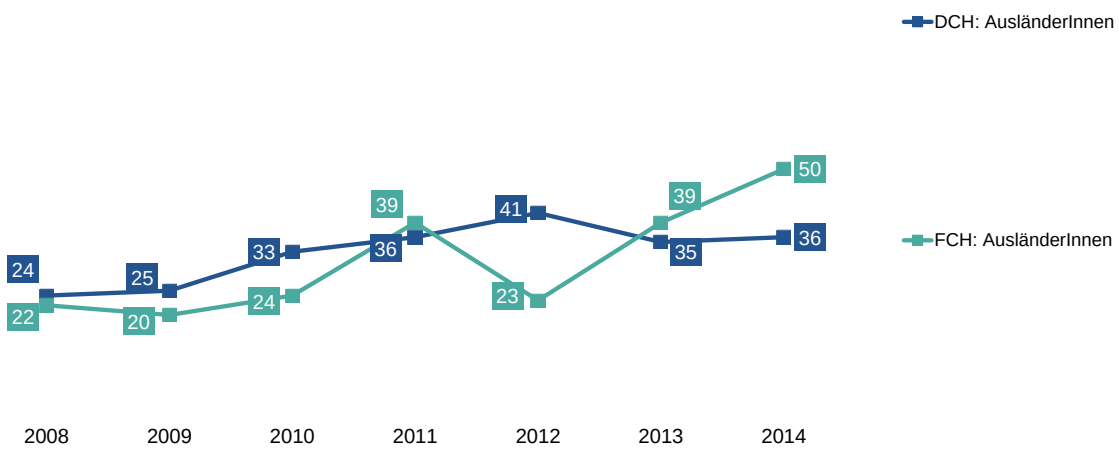
Die oben angesprochene eigentümliche Entwicklung in den Sprachregionen kommt in untenstehender Abbildung noch etwas deutlicher zum Ausdruck. Lange Zeit verliefen die Problemwahrnehmungslinien der beiden Sprachregionen parallel zueinander und es war die Deutschschweiz, die meist etwas höhere Werte aufwies. 2014 sind diese Werte scherenförmig auseinandergegangen, wobei nun die Romandie deutlich höhere Werte aufweist als die Deutschschweiz.

Grafik 22

Trend Problembewusstsein 2008 bis 2014 nach Sprache AusländerInnen

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



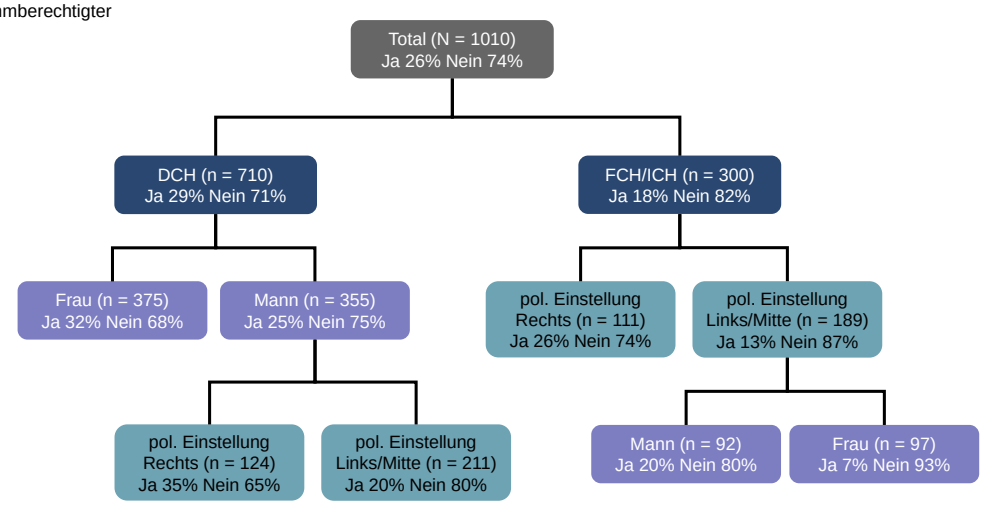
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Beim Problembewusstsein in Bezug auf Flüchtlinge und Asylfragen verhalten sich die Dinge sprachregional genau umgekehrt. Wenig Sorgen machen sich die französischsprachigen SchweizerInnen. In der deutschsprachigen Schweiz ist das Problembewusstsein hingegen stärker vorhanden. In der deutschsprachigen Schweiz insbesondere bei Frauen, die sich politisch rechts einstufen, während es in der Romandie umgekehrt, betrifft die sich politisch rechts verortenden Männer, ist.

Grafik 23

Profilbaum Problembewusstsein Flüchtlinge/Asylfragen

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

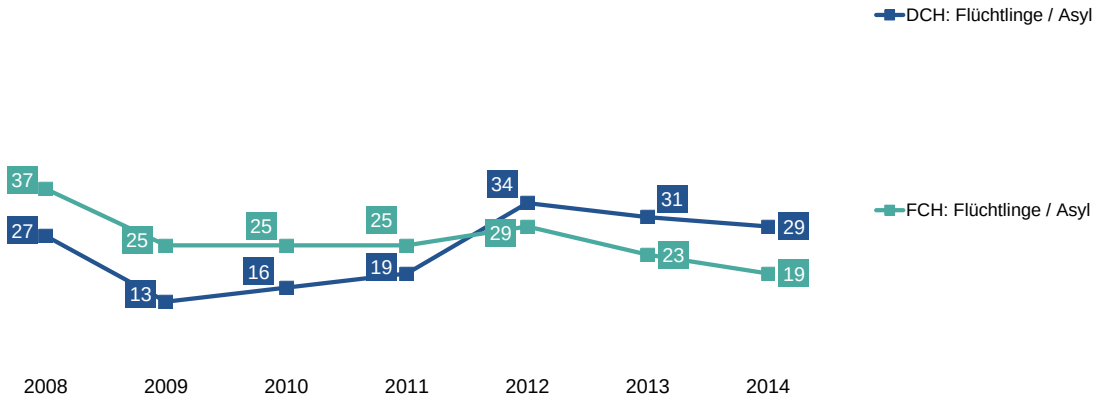
Wie untenstehende Grafik zeigt, sanken die Bedenken bezüglich Flüchtlingen und Ausländern weiter gegenüber dem Vorjahr und dies sowohl in der französisch- als auch in der deutschsprachigen Schweiz.

Grafik 24

Trend Problembewusstsein 2008 bis 2014 nach Sprache Flüchtlinge/Asyl

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

In Bezug auf Fragen hinsichtlich der Gesundheit, Krankenkassen und Prämien nahmen die Sorgen seit Anfang 2000 – geglättet betrachtet – stetig ab. In diesem Jahr wurde dieser Trend gestoppt. Die Sorgenwerte nahmen zu. Allerdings ist der Anstieg derart gering, dass die folgende Erhebung von 2015 abgewartet werden muss, um sicher zu gehen, ob wirklich von einer Trendumkehr die Rede sein kann. Damit kein Missverständnis aufkommt: Gesundheitsfragen gehören nach wie vor zu den wichtigsten Problemen, aber sie konkurrieren nicht mehr mit der Arbeitslosigkeit um den Titel des drängendsten Problems überhaupt wie das noch zu Beginn des neuen Jahrtausends der Fall war.

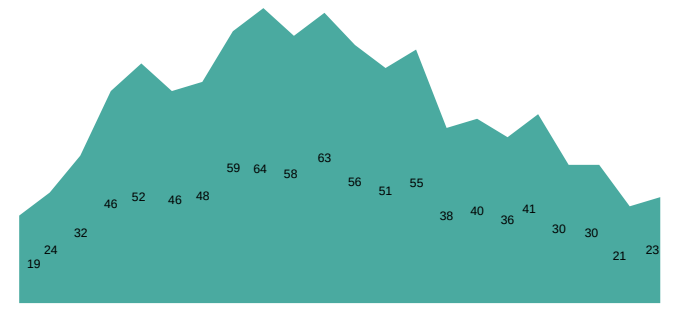
Anders präsentiert sich das Bild bei Energiefragen beziehungsweise der Kernenergie. Die Sorgen nahmen in diesem Problemfeld langfristig betrachtet zu. Kaum jemand machte sich 2004 Sorgen um Energiefragen, 2013 waren es bereits 19 Prozent. Dieser Anteil ist 2014 etwas zurückgegangen. Auch hier gilt es abzuwarten, bevor man von einer Trendwende spricht.

Grafik 25

Trend Problembewusstsein 1993 bis 2014

Gesundheit / Krankenkasse (bis 2008) – Gesundheit / Krankenkasse / Prämien (ab 2009)

in % Stimmberechtigter

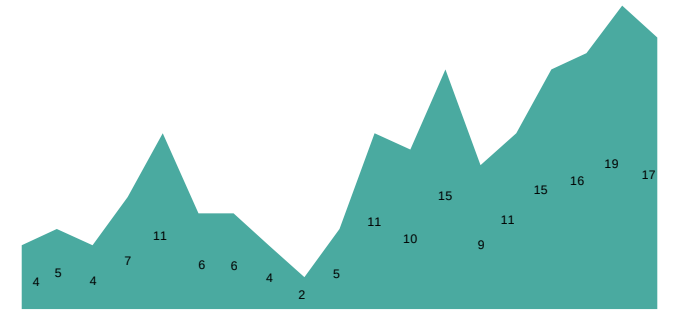


© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Problembewusstsein 1996 bis 2014

Energiefragen / Kernenergie (bis 2008) – Energiefragen / Kernenergie / Versorgungssicherheit (ab 2009)

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

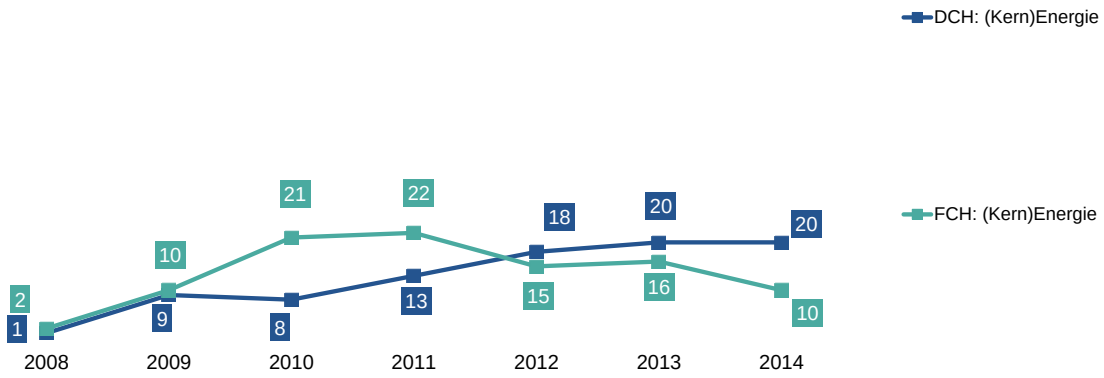
In der Tendenz nimmt die Problematisierung von Energiefragen in der französischsprachigen Schweiz eher ab, während sie in der deutschsprachigen Schweiz konstant ist. Dieser sprachkulturelle Unterschied lohnt sich in der Beobachtung in den nächsten Jahren. Der Befund könnte auch indirekt die Unterschiede der Ausstiegsdebatten zwischen Deutschland und Frankreich spiegeln.

Grafik 26

Trend Problembewusstsein 2008 bis 2014 nach Sprache (Kern-)Energie

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



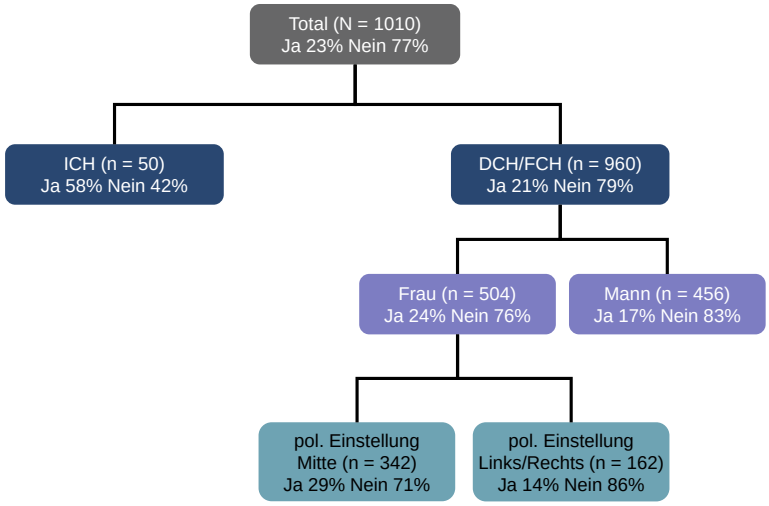
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Betrachten wir die Gesundheitsfrage nach dem Answer-Tree-Verfahren zeigt sich, dass auch hier bemerkenswerte Unterschiede zwischen der italienischsprachigen Schweiz und dem Rest gibt. In der italienischsprachigen Schweiz wurde das Gesundheitswesen anteilsmässig viel häufiger (58%) genannt als im Rest der Schweiz (21%). Die geringen Fallzahlen bei den italienischsprachigen Befragten erfordern eine vorsichtigere Interpretation als bei den beiden anderen Sprachregionen. Aber die drastischen Unterschiede in unserer Stichprobe deuten auf existierende Differenzen bei der Problemwahrnehmung hin.[2] Eher besorgt sind zudem Frauen, die sich politisch in der Mitte einstufen.

Grafik 27

Profilbaum Problembewusstsein Gesundheit/Krankenkassen

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

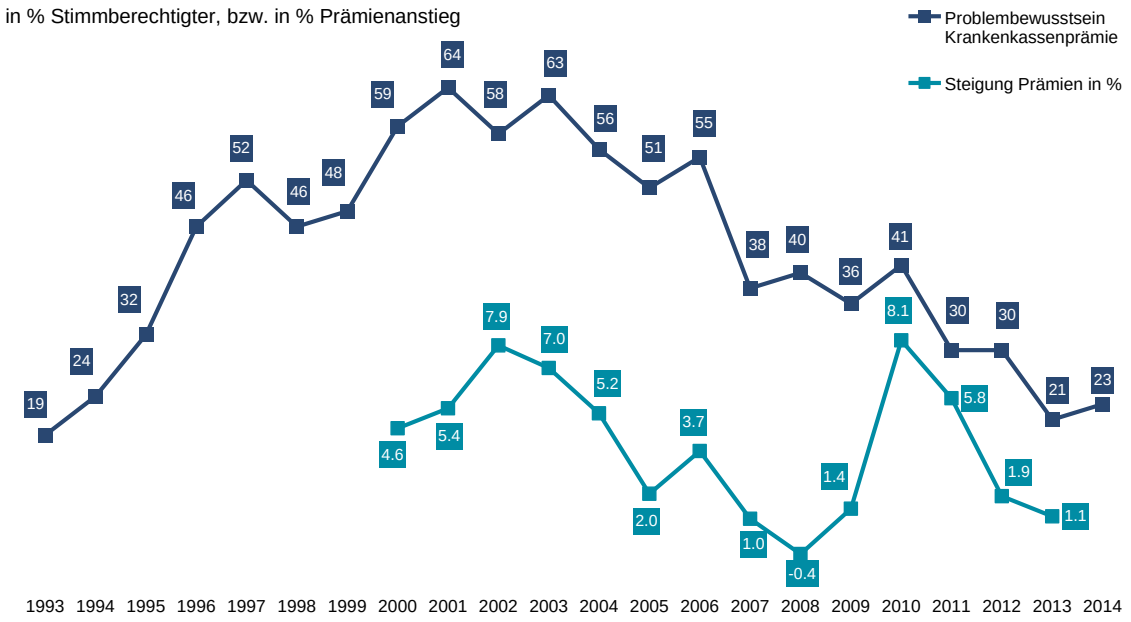
Die Wahrnehmung des Problemdrucks hat erwartungsgemäss mit der Höhe beziehungsweise noch stärker mit dem *Anstieg* der Krankenkassenprämien zu tun, wie folgende Grafik zeigt.

[2] Am Prämienanstieg kann es kaum gelegen haben. Die Krankenkassenprämien sind im Kanton Tessin 2014 durchschnittlich bloss um 2.4% angestiegen. Es ist dies einer der niedrigsten Werte in der ganzen Schweiz.

Grafik 28

Trend: Problembewusstsein 1993 bis 2014

"Gesundheit/Krankenkasse" (bis 2008) / "Gesundheit/Krankenkasse/Prämien" (ab 2009)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

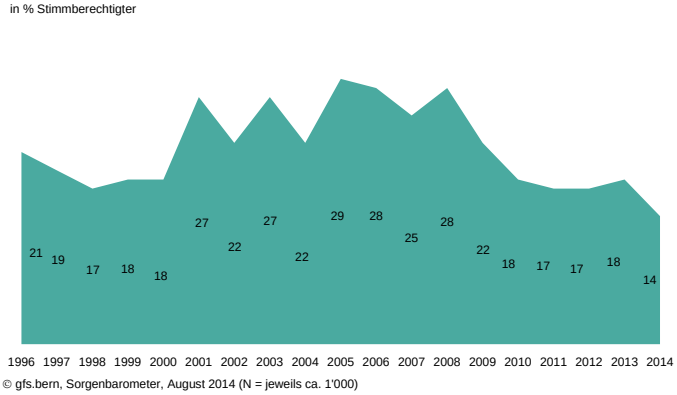
*Werte Krankenkassenprämien-Steigung 1996-2013, in Prozent (Bundesamt für Statistik)

Betrachten wir die Dynamik des Problembewusstseins rund um die neue Armut, lässt sich erkennen, dass es nach einem Hoch zwischen 2000 und 2008 wieder eher rückläufig ist. Der Konjunkturverlauf der Lohnfrage wiederum weist mehr Schwankungen auf. Diese Schwankungen sind zu einem erheblichen Teil medial induziert. 2013 stieg das Problembewusstsein rund um Lohnfragen beispielsweise markant an – wahrscheinlich als Folge der Debatte um "Abzockerlöhne". Diese Debatte elektrisierte alle Wählerschichten, was an dem hohen Ja-Stimmenanteil der Abzockerinitiative abzulesen ist. Dieses Jahr liess der Problemdruck wieder erheblich nach und dies trotz der Mindestlohninitiative, über die das Stimmvolk 2014 zu befinden hatte. Bloss, dieses Begehren war primär ein linkes Anliegen und fand ausserhalb des linken Lagers kaum Unterstützung.

Grafik 29

Trend Problembewusstsein 1996 bis 2014

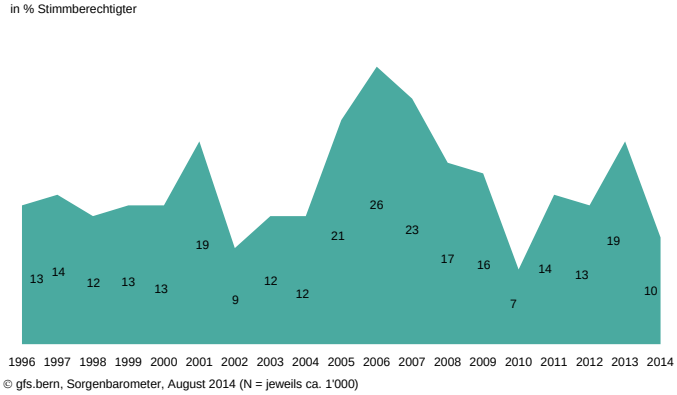
neue Armut (bis 2008) – neue Armut / Armut jüngerer Generationen (ab 2009)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Problembewusstsein 1996 bis 2014

Löhne / Lohnentwicklung (bis 2008) – Löhne / Lohnentwicklung / Lohnschere (ab 2009)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

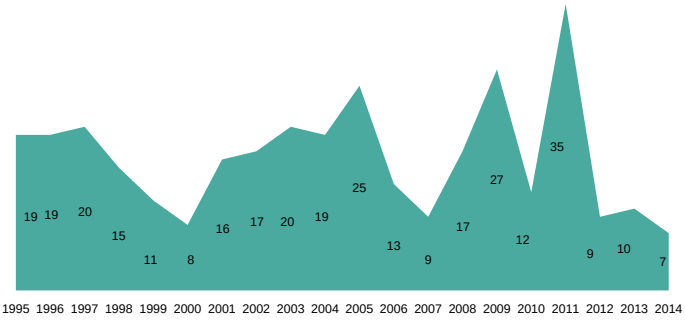
Makrowirtschaftliche Problemfelder wurden 2014 vergleichsweise selten genannt. Zwischen 2008 und 2011 war dies noch anders: Bis zu einem Drittel aller Stimmberechtigten sorgte sich damals um die Wirtschaftsentwicklung beziehungsweise die Finanzkrise. 2014 sind diese Werte auf 7 respektive 14 Prozent gefallen.

Grafik 30

Trend Problembewusstsein 1995 bis 2014

Wirtschaftsentwicklung (bis 2008) – Wirtschaftskrise / Wirtschaftsentwicklung / Konjunktur (ab 2009)

in % Stimmberechtigter

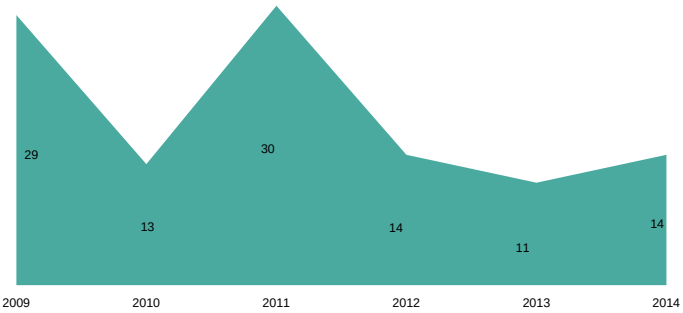


© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Problembewusstsein 2009 bis 2014

Finanz- / Bankenkrise / Regulierung der Finanzmärkte (bis 2012) – Bankenkrise / Regulierung der Finanzmärkte (ab 2013)

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

2.1.1 Zwischenbilanz Problembewusstsein

Der Schweizer Sorgenhaushalt wird von individuell erfahrbaren wirtschaftlichen Problemen (Arbeitslosigkeit und Altersvorsorge) und Ausländerthemen (AusländerInnen, Asylwesen, Flüchtlinge) dominiert.

Über allem steht dabei die Furcht vor einem Stellenverlust. Die Hälfte der SchweizerInnen macht sich Sorgen um die Jobsicherheit in diesem Land. Die aktuell hohen Beschäftigungszahlen vermögen diese Ängste und Sorgen nicht zu verscheuchen. Es ist dabei wohl weniger die Gegenwart, sondern vor allem der Blick in die Zukunft, der Sorgen bereitet. Der Euroraum kriselt weiter und es stehen zudem schwierige Verhandlungen mit der EU hinsichtlich der Personenfreizügigkeit bevor. Sie werden, so ahnt möglicherweise ein Teil der SchweizerInnen jetzt schon, nicht spurlos an der Wirtschaft vorbeigehen. Bezeichnenderweise wird das Verhältnis zur EU wieder etwas häufiger als Problem benannt.

Ebenfalls mehr Sorgen als im Vorjahr bereitet die Altersvorsorge. Lange Zeit waren die Sorgenwerte rund um Fragen der Altersvorsorge rückläufig. Die Renten schienen sicher, ein sorgenfreies Leben im Pensionsalter eine immer stärkere Gewissheit. Diese Erfolgsgeschichte ist zwar keinesfalls zu Ende – nach wie vor liegen die Sorgenwerte deutlich unter 50 Prozent – aber die Sorgen um die Altersvorsorge haben wieder zugenommen.

Makrowirtschaftliche Entwicklungen werden wieder seltener genannt. Die Wirtschafts – und die Finanzkrise waren in den Medien zwischen 2008 und 2011 dauerpräsent. Kaum ein Tag verging, ohne dass Zeitungen, Fernsehen oder Radio nicht in irgendeiner Form darüber berichteten. Die Bedeutung, welche die Medien diesen Themen geben, hat mittlerweile abgenommen, was sich auch in der Problemwahrnehmung der Stimmberechtigten niederschlug.

2.2 Künftige Probleme und politische Ziele

Fordert man die Schweizer Stimmberechtigten auf, eine Prognose zu den künftigen Problemen der Schweiz zu wagen, so werden häufig die gegenwärtig nagenden Sorgen angegeben. Beispielsweise gehen die Stimmberechtigten davon aus, dass der Problemdruck hinsichtlich der Arbeitslosigkeit nicht ab-, sondern eher zunehmen wird und die Migrationsprobleme die Schweiz weiterhin in starkem Ausmass beschäftigen werden. Die Altersvorsorge hingegen wird häufiger als zukünftiges denn als aktuelles Problem wahrgenommen, was daran liegt, dass das Rentenalter für die meisten Befragten noch in der Zukunft liegt.

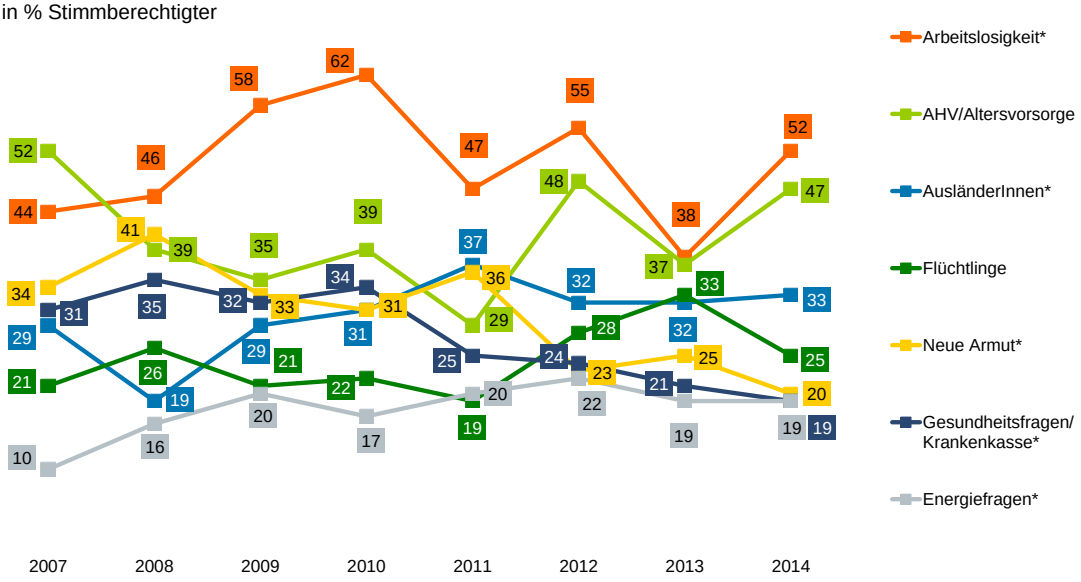
Die langfristigen Wirtschaftsaussichten werden von den Befragten offenbar nicht allzu rosig eingeschätzt. Denn zugenommen haben vor allem die Prognosewerte für die Arbeitslosigkeit. Während im Vorjahr lediglich 38 Prozent davon ausgingen, dass in den nächsten zehn Jahren Beschäftigungsprobleme auf die Schweiz zukommen, so ist 2014 mehr als die Hälfte davon überzeugt. Ähnliches gilt für die Altersvorsorge. 2013 waren die Aussichten um einiges optimistischer als in diesem Jahr.

Grafik 31

Trend Künftig erwartete Probleme (1)

"Sehen Sie sich bitte nochmals alle Kärtchen an und legen Sie mir nun von allen Kärtchen jene fünf heraus, von denen Sie persönlich glauben, dass Sie in 10 Jahren die wichtigsten Probleme der Schweiz sind. Wenn Sie ein komplett anderes Thema in 10 Jahren als wichtig erachten, dann sagen Sie das ruhig."

in % Stimmberechtigter



Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit 2014 getrennt befragt, für Trend-Graphik addiert
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000) *2009 sprachliche Präzisierungen

Geht es nach den Prognosen der Stimmberechtigten, wird das Verhältnis zur EU in zehn Jahren kein allzu drängendes Problem sein. Auf jeden Fall sind die entsprechenden Prognosewerte zurückgegangen (-5%), trotz einer unmittelbar sehr unsicheren Zukunft der bilateralen Verträge. Die Gründe für diesen langfristigen Optimismus der meisten Stimmberechtigten sind nicht ganz klar. Möglicherweise traut man den politischen Akteuren, allen voran dem Bundesrat, zu, die aktuellen Probleme mit der EU mittelfristig zu lösen oder aber man geht davon aus, dass die Probleme durch eine radikale Lösung (Bruch mit der EU) dereinst beseitigt sein werden.

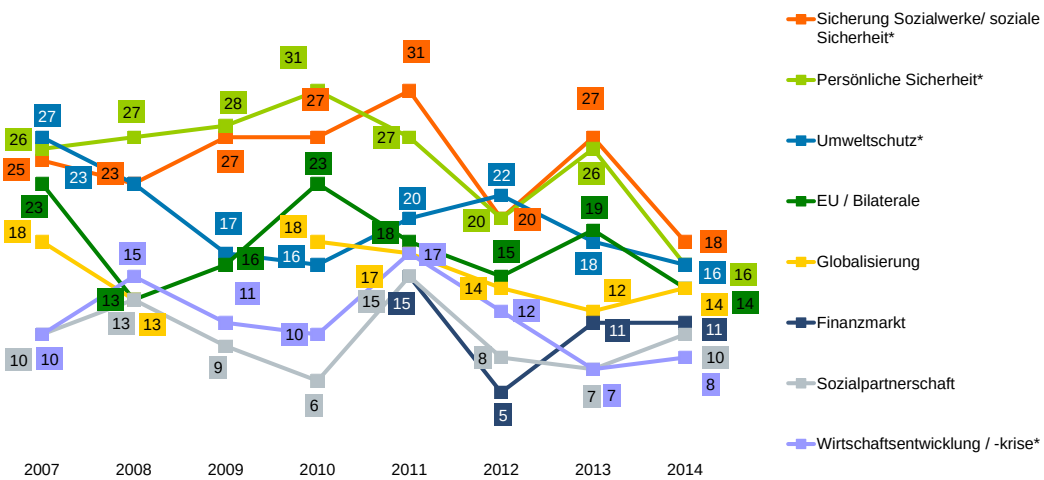
Eine grassierende Kriminalität, welche die persönliche Sicherheit der Menschen gefährdet, erachten nur noch 16 Prozent als ein plausibles Zukunftsszenario. Im Vorjahr waren es noch 26 Prozent.

Grafik 32

Trend Künftig erwartete Probleme (2)

"Sehen Sie sich bitte nochmals alle Kärtchen an und legen Sie mir nun von allen Kärtchen jene fünf heraus, von denen Sie persönlich glauben, dass Sie in 10 Jahren die wichtigsten Probleme der Schweiz sind. Wenn Sie ein komplett anderes Thema in 10 Jahren als wichtig erachten, dann sagen Sie das ruhig."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000) *2009 sprachliche Präzisierungen

Betrachten wir die politischen Ziele, welche die Schweizer Stimmberechtigten anstreben, so ist die Bildungsförderung zurzeit das wichtigste Anliegen. Sie wird von 98 Prozent der Befragten als eher bis sehr wichtig erachtet. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Bildung als Problem kaum genannt wurde. Bildungsförderung als Ziel steht demnach von vornherein ausser Frage, ist in gewisser Hinsicht ein "valence issue", bei welchem nicht die Förderung zur Diskussion steht, sondern vielmehr, wie dieses Ziel konkret erreicht werden soll. Gleichauf mit der Bildungsförderung befindet sich die Sicherstellung der Altersvorsorge. Der Anteil derer, welche der Ansicht sind, der Staat solle sich vermehrt um die AHV kümmern, hat dabei leicht zugenommen (+4%) – was sich im Übrigen auch mit dem Befund zur Problemwahrnehmung der Altersvorsorge deckt: Das Problembewusstsein in diesem Bereich hat, wie gesagt, ebenfalls zugenommen.

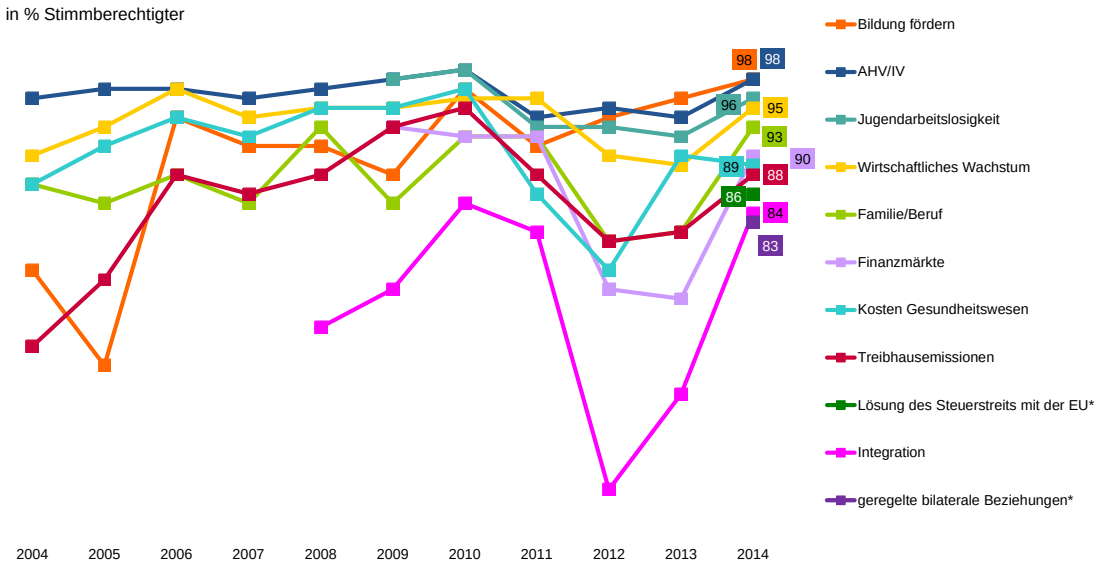
Gestiegen sind mit Ausnahme des Wunsches nach Stabilisierung der Gesundheitskosten die Bedeutungswerte aller abgefragten politischen Ziele. Am spektakulärsten ist der Anstieg des Wunsches nach Integrationsmassnahmen für AusländerInnen. Letztes Jahr bewerteten noch 65 Prozent der Stimmberechtigten Massnahmen in diesem Bereich als sehr oder eher wichtig, 2014 waren es 84 Prozent. Erstaunlich ist zudem der Umstand, dass man sich diesbezüglich links wie rechts einig ist. Es gibt kaum Unterschiede zwischen dem linken und dem rechten Lager – und notabene auch dem Mitte-Lager. Es ist aber anzunehmen, dass man links und rechts nicht dasselbe darunter versteht. Rechts dürfte die Integration der AusländerInnen ein politisches Ziel darstellen, dass die AusländerInnen selbst, das heisst von sich aus und weniger mit der Unterstützung des Staates erreichen sollen. Im linken Lager dürfte hingegen die Ansicht prädominant sein, wonach der Staat diese Integration mit Kräften fördern soll.

Auch das Vorantreiben von Anstrengungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde von den Stimmberechtigten 2014 viel häufiger als wichtige Staatsaufgabe deklariert. Geht es nach den politischen Wunschvorstellungen der Stimmberechtigten, sollen die Finanzmärkte zudem stärker reguliert werden und der Steuerstreit mit der EU endlich beigelegt werden.

Grafik 33

Trend Aktuelle politische Ziele in der Schweiz (2004 – 2014)

"Wir haben hier einige aktuelle politische Ziele in der Schweiz ausgewählt. Beurteilen Sie bitte spontan, ob für Sie die Erreichung dieser Ziele sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig ist."
(sehr und eher wichtig)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)
*2014 neu befragt

2.2.1 Zwischenbilanz der künftigen Probleme und politischen Ziele

Was die künftigen Probleme der Schweiz anbelangt, so sind die Schweizer Stimmberechtigten hinsichtlich des Verhältnisses zur EU optimistischer eingestellt als die politische Elite. Vergleichsweise wenige glauben, dass die Beziehungen zur EU noch in zehn Jahren ein drängendes Problem sein werden. Allerdings ist nicht klar, worauf dieser Optimismus gründet: Darauf, dass man mittelfristig eine für beide Seiten akzeptable Lösung hinsichtlich der Personenfreizügigkeit gefunden haben wird oder dass es zu einem endgültigen Bruch kommt. Hingegen sehen die Stimmberechtigten Probleme rund um die Altersvorsorge auf uns zukommen. Ob es die generelle demographische Entwicklung ist, welche in diesem Bereich Sorgenfalten verursacht oder Alain Bersets Rentenreform "Altersvorsorge 2020", geht aus den Daten nicht hervor. Auch die Arbeitslosigkeit wird als zukünftiges Problem wieder häufiger genannt. Dies steht nicht im Zusammenhang mit den aktuellen Beschäftigungszahlen und ebenso wenig mit den individuellen Erwartungen betreffend eigener Jobsicherheit. Bei der Nennung der Arbeitslosigkeit als inskünftiges Problem handelt es sich wohl eher um eine Projektion gegenwärtiger Sorgen in die Zukunft.

Was die politischen Ziele anbelangt, so sind die Erwartungshaltungen der StimmbürgerInnen hoch: Der Staat soll am besten gleich alle Probleme anpacken (und lösen). Die Bedeutungswerte so gut wie aller abgefragten Staatsaufgaben haben gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Hervorzuheben sind die Altersvorsorge und die Integration von AusländerInnen. Die Rentenreform muss in den Augen der Stimmberechtigten endlich angepackt werden. Damit sind noch keine konkreten Ziele genannt. Ob die Erhöhung des Rentenalters für Frauen, die Senkung des Umwandlungssatzes, die Abschaffung der Witwenrente für Kinderlose und andere Parameter der Rentenreform wirklich auch die mehrheitliche Unterstützung der Stimmberechtigten finden werden, muss abgewartet werden. Aber 98 Prozent der Stimmberechtigten erachten die finanzielle Sicherstellung von AHV und IV für sehr beziehungsweise eher wichtig.

Die Integration der AusländerInnen wird ebenfalls verstärkt gefordert, von links wie von rechts. Wahrscheinlich verstehen die beiden Lager darunter etwas anderes, aber beide sind sich darin einig, dass der Staat etwas zur Integration der AusländerInnen tun muss.

2.3 Wirtschaftliches Umfeld

In den folgenden drei Unterkapiteln werden die Einschätzungen zum wirtschaftlichen Umfeld der Befragten selbst sowie der Allgemeinheit diskutiert.

2.3.1 Persönliche wirtschaftliche Situation

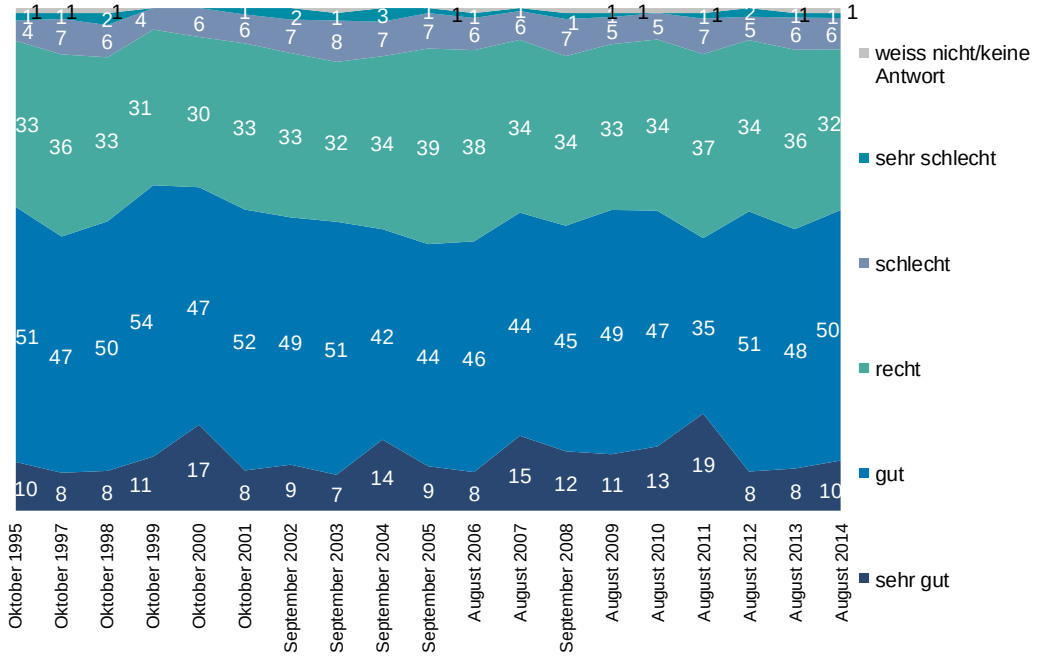
Den meisten Schweizer Stimmberechtigten geht es wirtschaftlich gesprochen gut. Not leiden tut fast niemand. 1 Prozent gibt an, es gehe ihm wirtschaftlich sehr schlecht und 6 weitere Prozent schätzen ihre individuelle wirtschaftliche Situation als schlecht ein. Etwa einem Drittel (32%) geht es nach eigenem Bekunden recht gut, 50 Prozent geht es gut und 10 Prozent gar sehr gut.

Grafik 34

Trend Aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht? Ist dies …"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

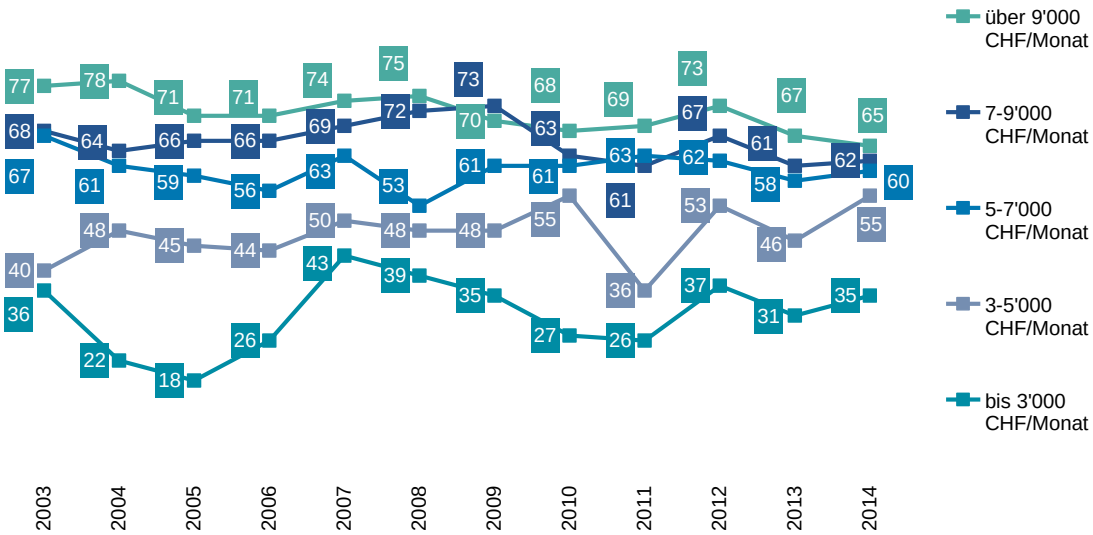
Die Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Situation korreliert selbstredend mit der Höhe des Haushaltseinkommens. Bemerkenswerter ist diesbezüglich jedoch, dass sich die individuelle wirtschaftliche Situation ausgerechnet bei der höchsten in der Umfrage erhobenen Einkommensklasse (über 9'000 CHF) verschlechtert haben soll (-2%). Bei allen anderen Einkommensklassen ist hingegen ein positiver oder zumindest stabiler Trend erkennbar.

Grafik 35

Trend Aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage 2003 – 2014 nach Haushaltseinkommen

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?"

in % Stimmberechtigter (sehr gut/gut)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

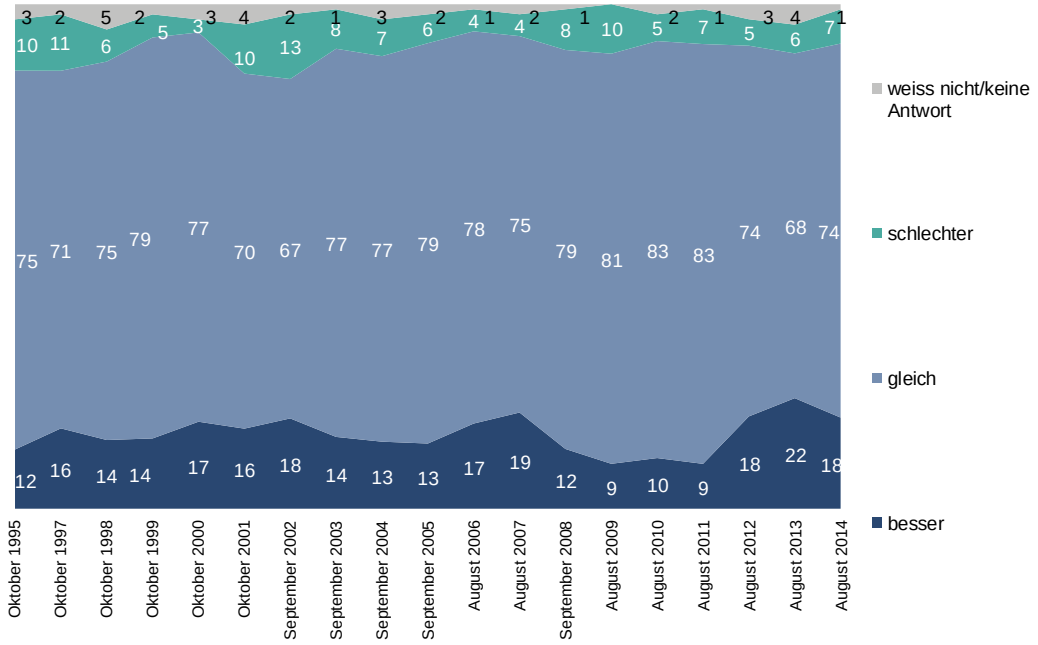
Die individuellen wirtschaftlichen Aussichten in den kommenden 12 Monaten werden von knapp drei Viertel aller Stimmberechtigten (74%) als gleichbleibend eingeschätzt. 18 Prozent blicken gar noch optimistischer in die Zukunft: Sie erwarten eine wirtschaftliche Verbesserung ihrer Situation im nächsten Jahr. Dazu gehören erwartungsgemäss vor allem die jungen Stimmberechtigten, die noch in der Ausbildung oder im Studium stehen und deren Einstieg ins Erwerbsleben noch bevorsteht. Insgesamt aber ist dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen (-4%). 7 Prozent sind schliesslich der Ansicht, dass sich die persönliche wirtschaftliche Situation verschlechtern wird. Besonders skeptisch sind dabei die älteren Stimmberechtigten.

Grafik 36

Trend Kommende individuelle wirtschaftliche Lage

"Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?"

in % Stimmberechtigter



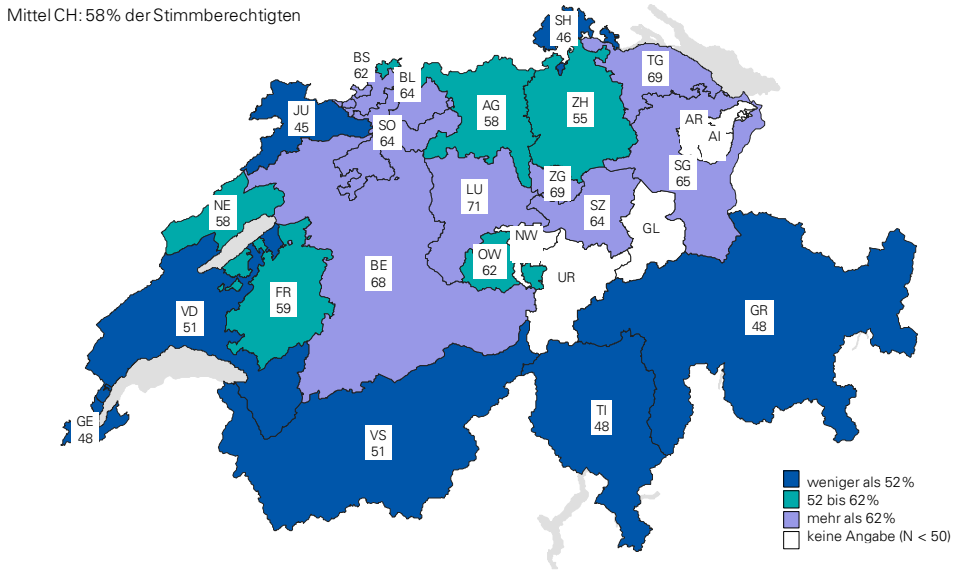
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage unterscheidet sich regional. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt (58%), sind die InnerschweizerInnen (Kantone LU, ZG, SZ), die NordwestschweizerInnen (BS, BL, SO), die BernerInnen und die OstschweizerInnen (SG, TG) ausserordentlich zufrieden mit ihrer Wirtschaftssituation. Im mittleren Bereich finden wir die Kantone Obwalden, Zürich, Freiburg, Aargau und Neuenburg. Klar unterdurchschnittlich sind die Werte in weiten Teilen der lateinischen Schweiz, wobei der Kanton Jura das Schlusslicht bildet. Legt man den Ressourcenindex, der zum Zwecke des interkantonalen Finanzausgleichs auf der Basis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kantone gebildet wird, über die folgende Karte, so fällt auf, dass die beiden Kantone, welche zuoberst und zuunterst auf jener Rangliste zu finden sind, Zug respektive der Kanton Jura, auch im vorliegenden Ranking den ersten respektive letzten Platz einnehmen. Die individuelle Einschätzung der Wirtschaftslage deckt sich somit weitgehend mit den objektiven Wirtschaftsdaten.

Grafik 37

Aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage: sehr gut/gut

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?"



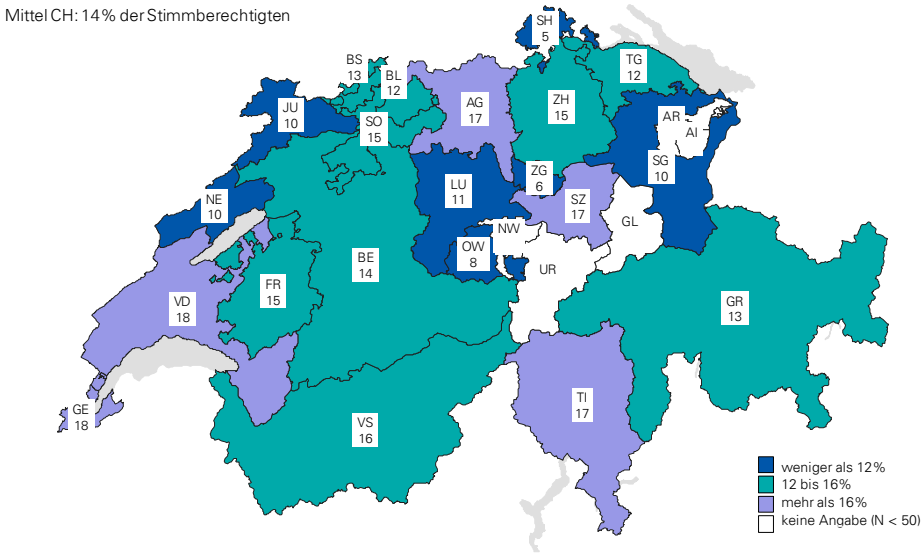
Angaben nur bei n ≥ 50
Pool Sorgenbarometer 2009 - 2014
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 6041)

Werden die *prospektiven* Einschätzungen auf eine Kantonskarte übertragen, zeigen sich gewisse aufschlussreiche Unterschiede zur vorangegangenen Karte. Einige Regionen (TI, VD), die – was die aktuelle individuelle Wirtschaftssituation anbelangt – im unteren Drittel rangierten, gehören zu den optimistischsten Kantonen, während andere, wirtschaftlich prosperierende Regionen (LU, SG) einen unterdurchschnittlich tiefen Anteil von Stimmberechtigten aufweisen, die von einer Verbesserung der Wirtschaftslage ausgehen.

Grafik 38

Kommende individuelle wirtschaftliche Lage: besser

"Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?"



Angaben nur bei n ≥ 50
Pool Sorgenbarometer 2009 - 2014
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 6041)

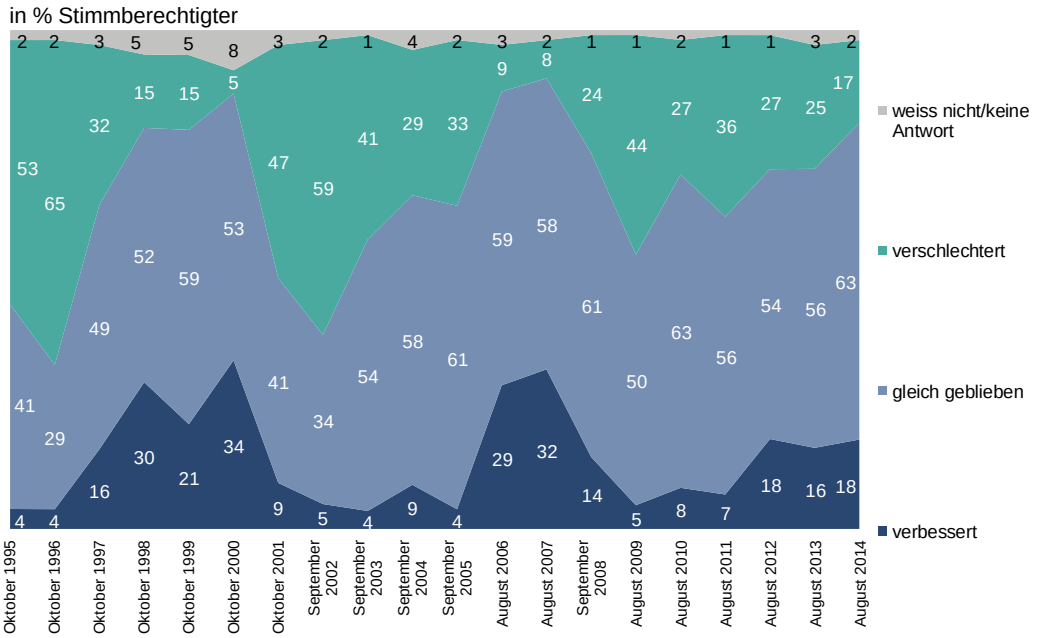
2.3.2 Allgemeine Wirtschaftslage

Die generelle Wirtschaftslage ist für 18 Prozent der Stimmberechtigten ein Grund zum Optimismus. Eine Mehrheit von 63 Prozent ist der Meinung, dass die Wirtschaftslage in den vergangenen zwölf Monaten mehr oder weniger gleich geblieben ist, während 17 Prozent die wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahr negativ beurteilen. Betrachtet man die dynamische Entwicklung, fällt auf, dass sich die Einschätzungswerte der Stimmberechtigten seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008/2009 auf dem besten Weg der Erholung befinden. Der Anteil derer, welche das jeweils vergangene Wirtschaftsjahr skeptisch beurteilten, nimmt seither meist ab.

Grafik 39

Trend Aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage

"Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage der Schweiz in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?"



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

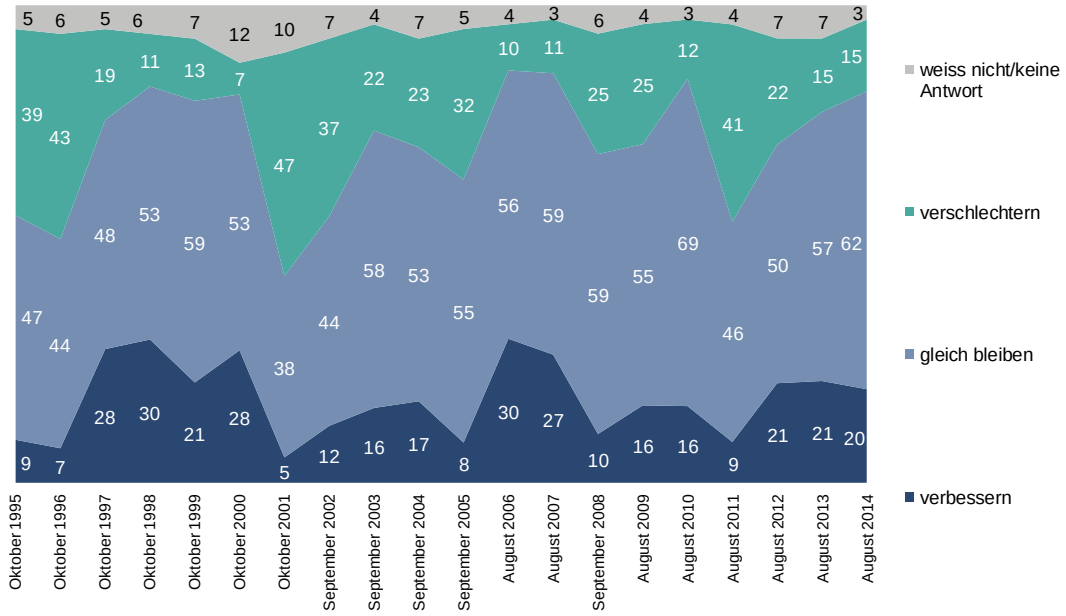
Vergleicht man die Beurteilung der aktuellen wirtschaftlichen Situation mit der Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung, entdeckt man eine auffallende Übereinstimmung der Werte. Das liegt im Wesentlichen daran, dass diejenigen, welche die gegenwärtige Wirtschaftslage pessimistisch beurteilen, in der Regel auch von einer (weiteren) Verschlechterung ausgehen. Sie gehen offenbar vom "Matthäus-Prinzip" aus: Wer hat, dem wird noch mehr gegeben. Wer wenig hat, dem wird selbst das Wenige genommen, was er hat. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass die allgemeine Wirtschaftslage offenbar nicht automatisch auf die persönliche wirtschaftliche Situation übertragen wird: Der Anteil, der von einer Verschlechterung der *generellen* wirtschaftlichen Situation ausgeht, ist deutlich höher als derjenige, der selbiges im Zusammenhang mit seiner *eigenen* Wirtschaftssituation befürchtet.

Grafik 40

Trend Kommende allgemeine wirtschaftliche Lage

"Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage der Schweiz in den kommenden 12 Monaten entwickeln?"

in % Stimmberechtigter



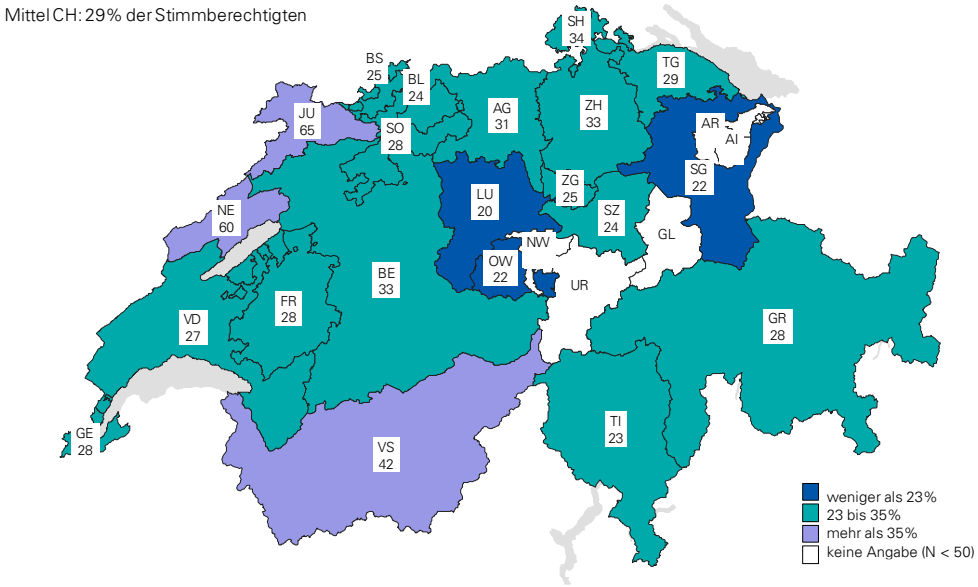
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Wo wird die allgemeine Wirtschaftssituation von den Stimmberechtigten am düstersten, wo am rosigsten eingeschätzt? In den Kantonen Jura, Wallis und Neuenburg fällt die Einschätzung überdurchschnittlich skeptisch aus, während die Innerschweizer Kantone Luzern und Zug ebenso wie der Kanton St. Gallen den optimistischen Pol dieser Skala bilden.

Grafik 41

Aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage: verschlechtert

"Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?"



Angaben nur bei n ≥ 50
Pool Sorgenbarometer 2009 - 2014
© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 6041)

2.3.1 Zwischenbilanz Wirtschaftliches Umfeld

Die eigene wirtschaftliche Situation wird von einer überwiegenden Mehrheit als gut oder gar sehr gut eingeschätzt. Kaum einer leidet nach eigenem Bekunden Not. Auch die allgemeine wirtschaftliche Lage wird positiv beurteilt. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sehen die Stimmberechtigten nicht ganz so rosig wie im Vorjahr, als vor allem der Anteil derer, die von einer Verbesserung ausgingen, höher war. Indes, von Pessimismus kann keine Rede sein. Die wirtschaftlichen Aussichten werden nach wie vor als gut eingestuft.

2.4 Kritik und Vertrauen in Institutionen

2.4.1 Wirtschaftsversagen vs. Politikversagen

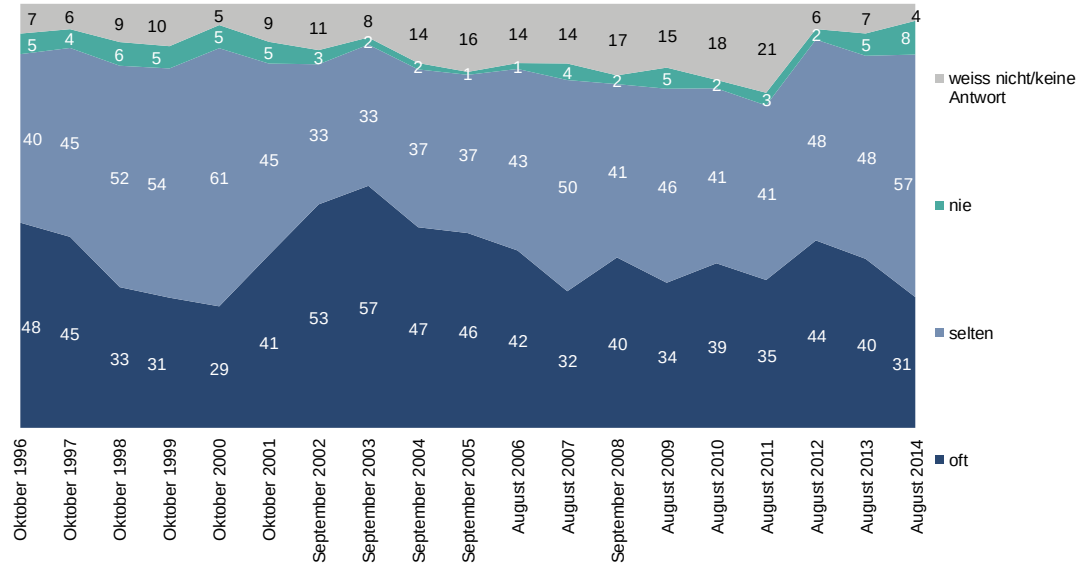
Die BürgerInnen fassen wieder Vertrauen in die Wirtschaft. Der Anteil derer, die der Meinung sind, die Wirtschaft versage nur selten, hat in beachtlichem Ausmass zugenommen (+9%) und ein Level erreicht, welches zuletzt 2000, vor dem Platzen der Dotcom-Blase, überboten wurde. Zudem hat auch der Anteil derjenigen, die der Wirtschaft Bestnoten erteilen ("die Wirtschaft versagt *nie*"), zugenommen (+3%). In der Summe lässt sich sagen, dass das zwischenzeitlich verloren gegangene Vertrauen in die Wirtschaft fast wiederhergestellt werden konnte.

Grafik 42

Trend Wirtschaftsversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?" (ab 2014)
"Und wie oft haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen. Ist dies oft, selten oder nie der Fall?" (bis 2013)

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

Gleiches gilt für die Politik. Die Meinung, dass Regierung und Verwaltung in entscheidenden Dingen oft versagen, wird unverändert nur von einer Minderheit (31%) geteilt. Zugenommen hat hingegen mit 59 Prozent (+6%) die Meinung, dass diese selten versage. Die Vertrauenswerte von Politik und Wirtschaft haben sich angeglichen, der einstige Vertrauensvorsprung, den die Politik genoss, ist praktisch zusammengeschmolzen. Das liegt jedoch, wie gesagt, nicht daran, dass man staatlichen Institutionen mit mehr Misstrauen begegnet,

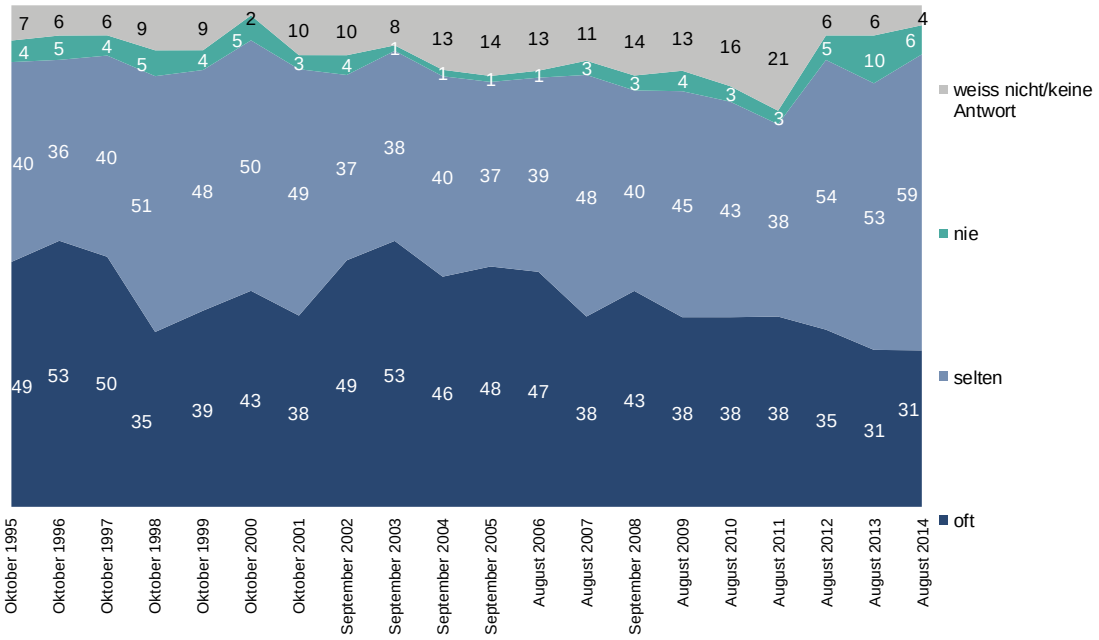
sondern daran, dass die Wirtschaft das Vertrauen eines Teils der Bevölkerung zurückgewinnen konnte.

Grafik 43

Trend Politikversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

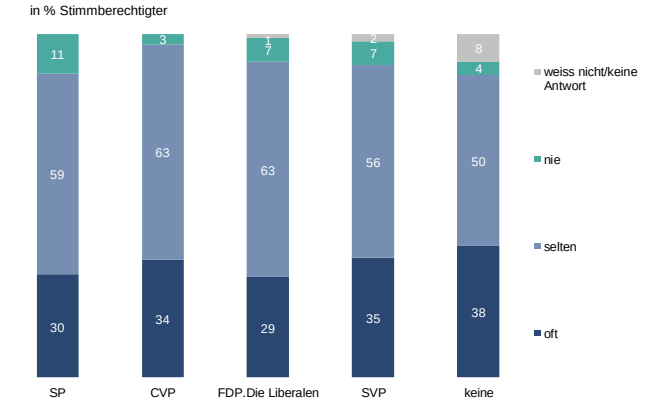
Schlüsselt man Politik- und Wirtschaftsversagen nach Parteibindung auf, verblüffen vor allem die Werte der SP-SympathisantInnen: Sie weisen die höchsten Werte derjenigen auf, die der Politik, aber auch – und im Falle der SP doch etwas überraschend – der Wirtschaft Bestnoten verteilen. Diese Werte sind von einer Partei zu erwarten, die das wirtschaftliche Establishment vertritt. Und in der Tat fällt die Einschätzung der FDP.Die Liberalen-Anhängerschaft betreffend Politik- und Wirtschaftsversagen auch ähnlich aus. Ihre optimistische Einschätzung wird aber, wie gesagt, von derjenigen der SP-WählerInnen noch übertroffen.

Grafik 44

Politikversagen nach Parteibindung

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"

in % Stimmberechtigter

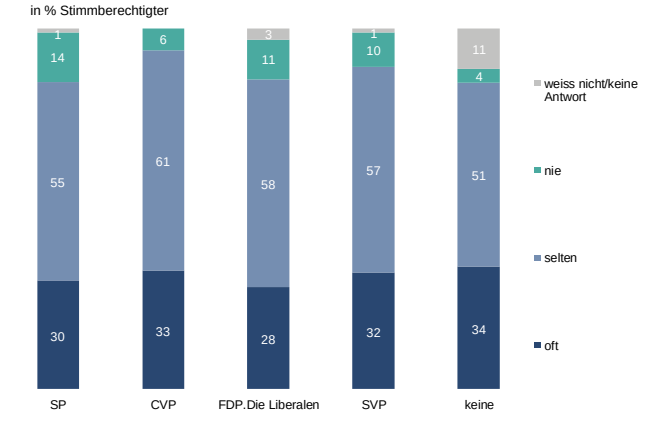


© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

Wirtschaftsversagen nach Parteibindung

"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

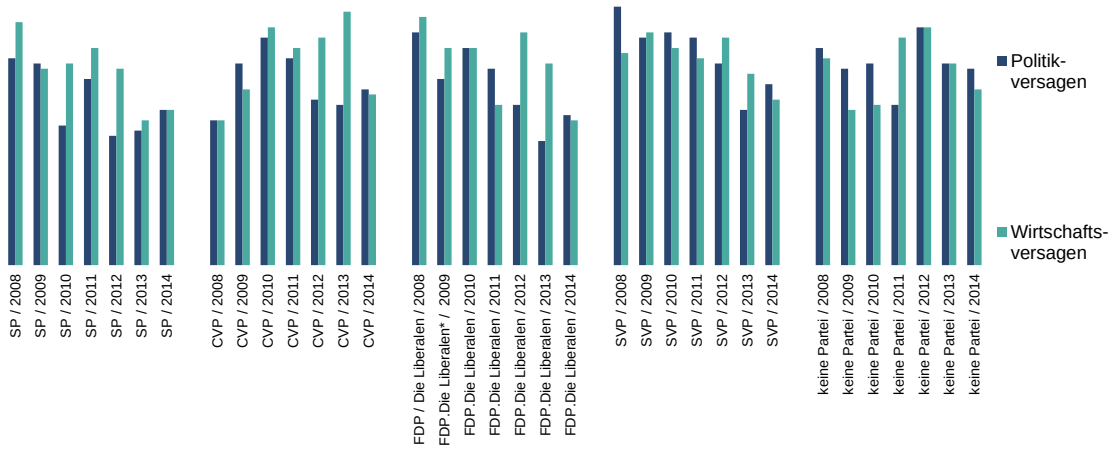
Im Zeitvergleich ist ebenfalls erkennbar, dass SP und FDP.Die Liberalen von den vier grossen Bundesratsparteien und den Parteiungebundenen Profile aufweisen, die – was das Niveau, aber auch das Muster anbelangt – am ehesten vergleichbar sind. Früher sprach man von den beiden "staatstragenden" Zentrumsparteien CVP und FDP.Die Liberalen. Wenn man die Unterstützung ihrer Anhängerschaften für Politik und Wirtschaft zum Gradmesser nimmt, müsste man die SP in diese Kategorie mitaufnehmen. Mehr noch, aufgrund der aktuellen Vertrauenswerte ist die SP-Wählerschaft gar als der idealtypische Vertreter einer staatstragenden Anhängerschaft zu bezeichnen.

Grafik 45

Trend Politikversagen / Wirtschaftsversagen nach Parteibindung "oft"

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"
"Und wie oft haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen?" (bis 2013)
"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen?" (ab 2014)

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)
*2009 Fusion der FDP und der Liberalen zur FDP.Die Liberalen

2.4.2 Vertrauen in verschiedene Akteure

2014 wurde im Rahmen des CS-Sorgenbarometers erstmals das Vertrauen in die Schweizerische Nationalbank abgefragt und prompt belegt die Nationalbank den ersten Platz in der Vertrauensrangliste. Etwa zwei von drei (64%) Stimmberechtigten sprechen ihr das Vertrauen aus. Es ist wohl hauptsächlich der stabile und starke Schweizer Franken, der dieses Vertrauen stützt. Ob der turbulente Abgang des ehemaligen Präsidenten Hildebrand Spuren in den Vertrauenswerten hinterlassen hat, kann aufgrund fehlender Zeitreihen nicht gesagt werden. Das Bundesgericht und die Polizei geniessen ebenfalls ein hohes Vertrauen bei den Stimmberechtigten; beide Organe erzielten Vertrauenswerte von 60 Prozent und mehr.

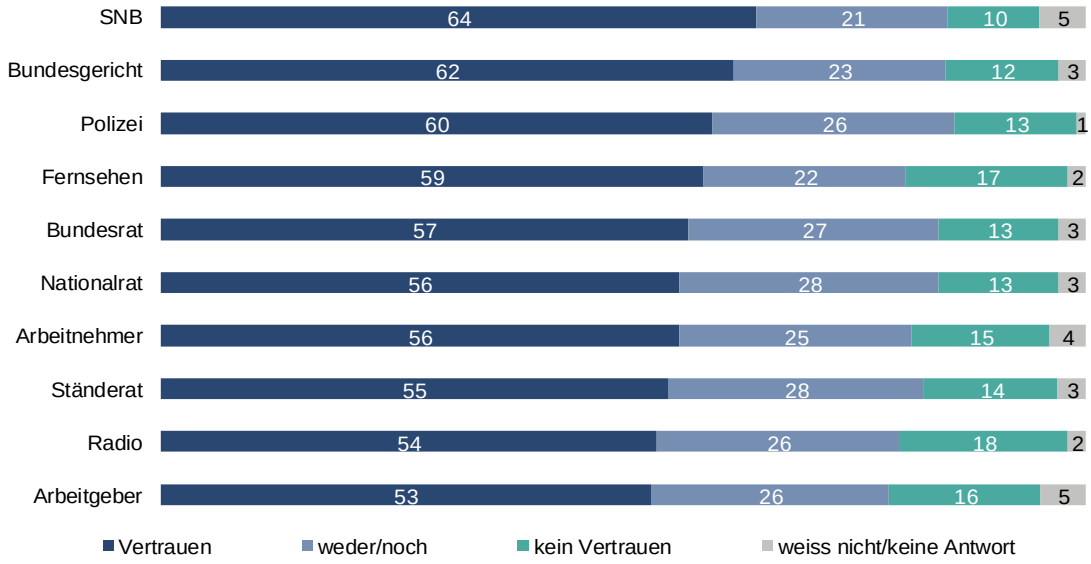
Sodann folgen das Fernsehen (59%), der Bundesrat (57%), die Arbeitnehmer (56%) und die grosse Kammer des Parlaments, der Nationalrat (56%). Die zweite Kammer der Legislative, der Ständerat, weist nur einen unwesentlich geringen Vertrauensrückstand auf den Nationalrat (-1%) auf. Mehrheitlich Vertrauen wird sodann auch dem Radio und den Arbeitgeberverbänden entgegengebracht.

Grafik 46

Vertrauen in Akteure 2014 (1)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

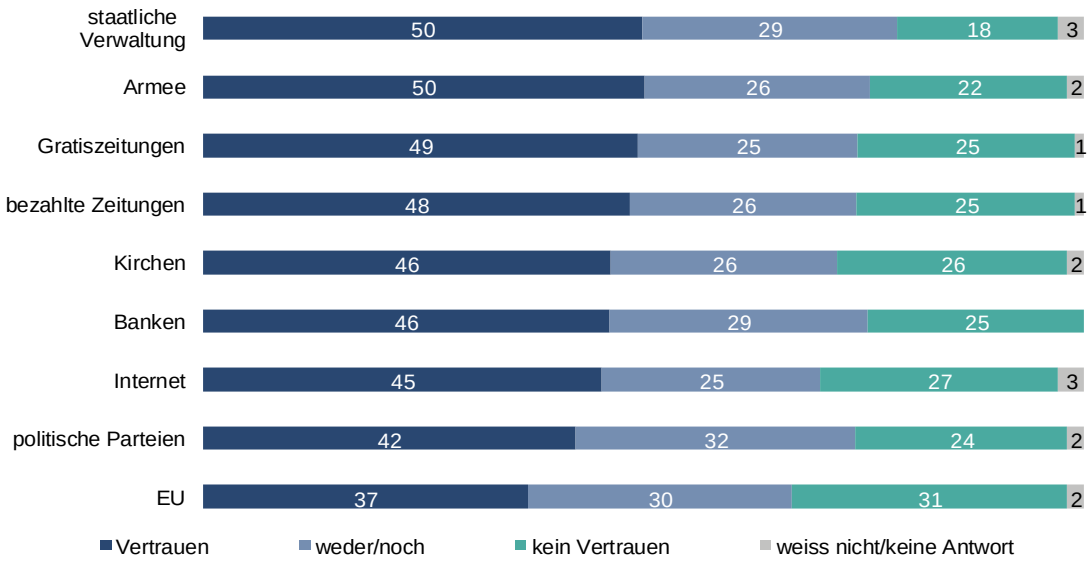
Genau 50 Prozent schenken der staatlichen Verwaltung und der Armee Vertrauen. Dahinter folgen mit Vertrauenswerten unter 50 Prozent die Sorgenkinder: Gratiszeitungen (49%) lagen bei den Befragten immerhin noch vor den Bezahlzeitungen (48%), Banken und Kirchen (je 46%) folgen. Dem Internet trauen die Stimmberechtigten als Informationsquelle (45%) am wenigsten von allen hier abgefragten Medien. Bei den Medien wird demzufolge die interne Rangliste vom Fernsehen und Radio angeführt – beides Medien, die in der Schweiz von staatlichen Anstalten dominiert werden. Sodann folgen die Zeitungen und am Schluss dasjenige Medien, das staatlichen oder institutionellen Kontrollen in geringstem Masse unterworfen ist: Das Internet. Indes, diese Freiheit hat offenbar seinen Preis: Das Vertrauen in die dort zur Verfügung gestellten Informationen ist eher gering. Die politischen Parteien sind nur noch in den Augen von 42 Prozent der Stimmberechtigten vertrauenswürdig. Hier gilt es allerdings darauf hinzuweisen, dass die Werte voraussichtlich deutlich höher wären, könnten die Stimmberechtigten nur ihre bevorzugte Partei, so denn sie eine haben, bewerten. Ausgesprochen gering ist das Vertrauen in die EU (37%).

Grafik 47

Vertrauen in Akteure 2014 (2)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = 1010)

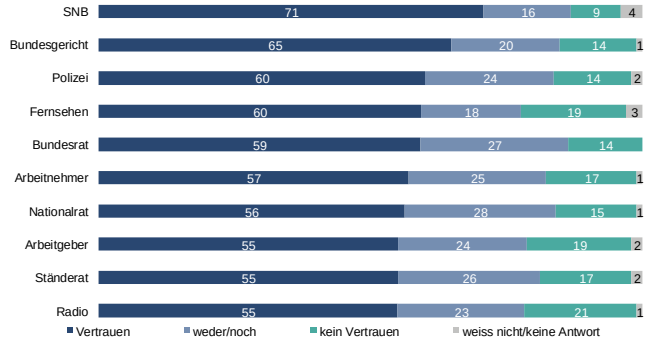
Vergleicht man die Romandie mit der Deutschschweiz fällt auf, dass die Nationalbank in der französischen Schweiz ein deutlich geringeres Vertrauen geniesst als in der Deutschschweiz[3], während es bei den Banken genau umgekehrt ist. In der Romandie ist des Weiteren das Fernsehen die Spitzenreiterin der Vertrauensrangliste, während jene der Deutschschweiz klar von der SNB angeführt wird.

Grafik 48

Vertrauen in Akteure 2014 (1) – DCH

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % deutschsprachiger Stimmberechtigter

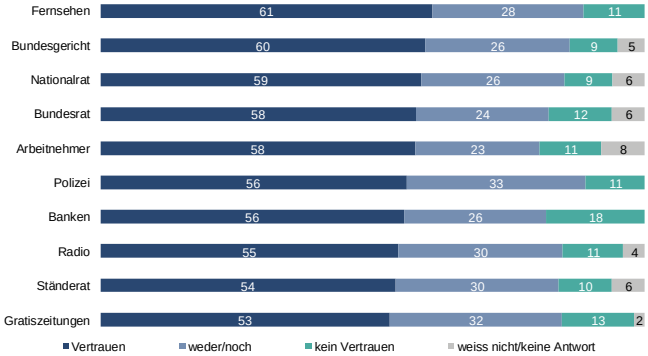


© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (n = 710)

Vertrauen in Akteure 2014 (1) – FCH

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % französischsprachiger Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (n = 250)

Betrachten wir die Entwicklung des Vertrauens gegenüber den Medien, fällt vor allem auf, dass sämtliche Medien, also Internet, Radio, Fernsehen, bezahlte Zeitungen und Gratiszeitungen, an Vertrauen eingebüsst haben. Dabei litt der Ruf der Gratiszeitungen über die letzten drei Jahre betrachtet noch am geringsten. Lagen die Gratiszeitungen 2011 noch auf dem letzten Rang der Medien-

[3] Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass gerade bei der SNB der Anteil "Weiss nicht"-Antworten in der Romandie signifikant höher ist als in der Deutschschweiz. Es ist demnach nicht so, dass das Misstrauen gegenüber der SNB in der Romandie grösser wäre. Vielmehr ist die Indifferenz grösser als in der Deutschschweiz.

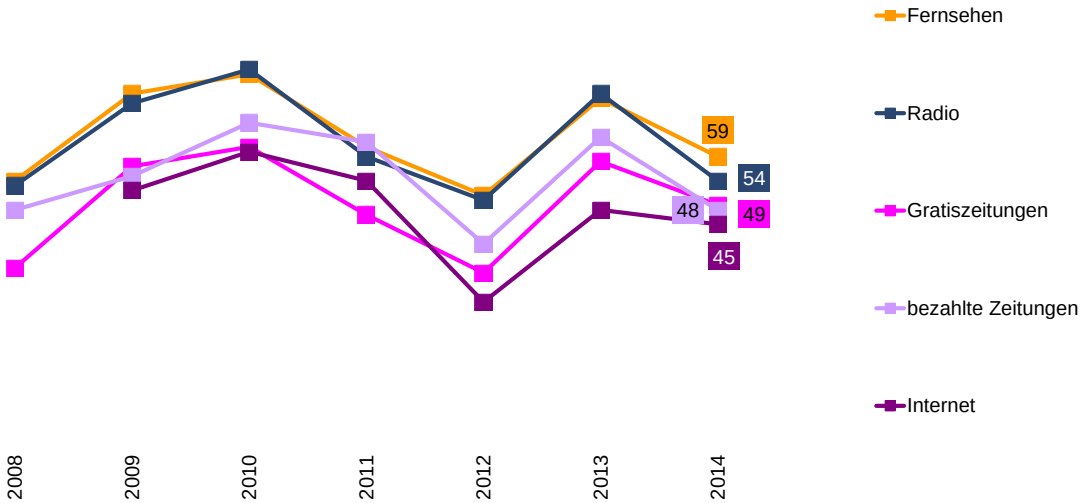
rangliste, konnten sie inzwischen das Internet und die Bezahlzeitungen hinter sich lassen.

Grafik 49

Trend Vertrauen in Akteure (Medien)

"Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese.'1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % Stimmberechtigter (Vertrauen)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

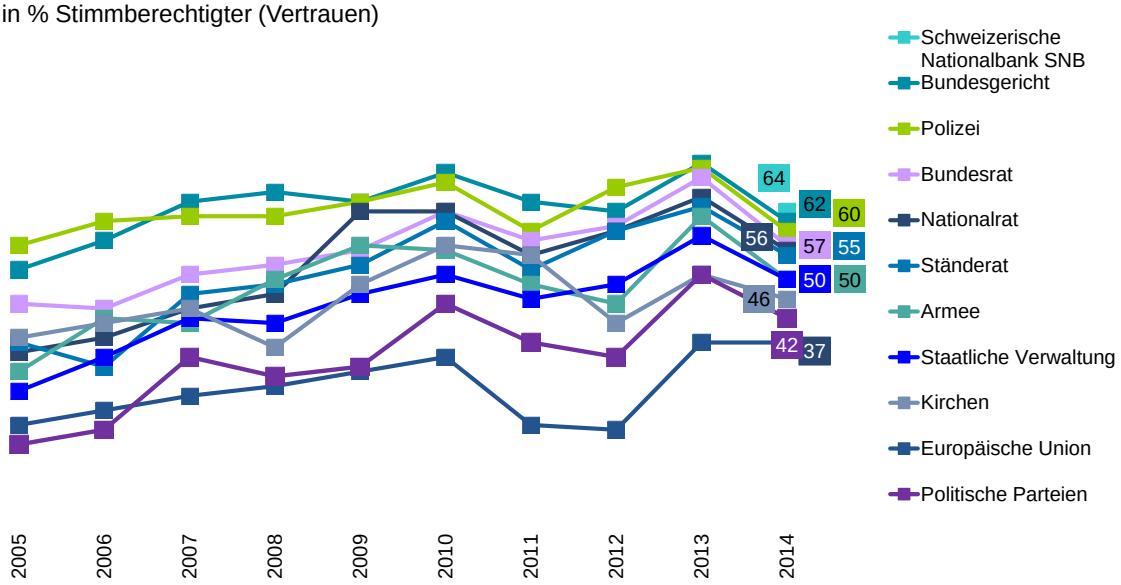
Den Institutionen und Organen aus Politik und Gesellschaft wird weniger Vertrauen als im Vorjahr ausgesprochen. Davon sind so gut wie alle Institutionen betroffen – mit der verblüffenden Ausnahme der Europäischen Union. Deren Vertrauenswerte sind zwar tief, aber im Vergleich zum Vorjahr sind sich nicht weiter zurückgegangen.

Grafik 50

Trend Vertrauen in Akteure (Politik & Behörden)

"Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese.'1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % Stimmberechtigter (Vertrauen)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

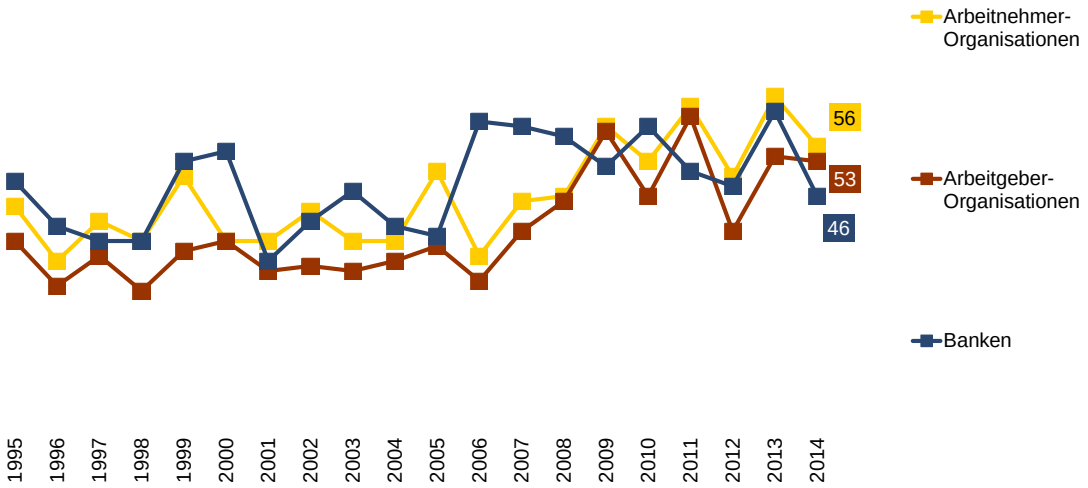
Auch in wirtschaftliche Akteure haben die Schweizer Stimmberechtigten weniger Vertrauen als im Vorjahr. Das gilt im Besonderen für die Banken. Ihre Vertrauenswerte fielen nach einem Zwischenhoch 2013 wieder um 17 Prozentpunkte.

Grafik 51

Trend Vertrauen in Akteure (Wirtschaft)

"Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese.'1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % Stimmberechtigter (Vertrauen)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2014 (N = jeweils ca. 1'000)

2.4.3 Zwischenbilanz Kritik und Vertrauen in Institutionen

Das Vertrauen in die Wirtschaft hat wieder zugenommen. Der Anteil derer, die der Meinung sind, die Wirtschaft versage nur selten, ist um 9 Prozentpunkte gestiegen und hat ein Niveau erreicht, welches zuletzt 2000, vor dem Platzen der Dotcom-Blase, ausgewiesen wurde. Zudem hat auch der Anteil derjenigen, die der Wirtschaft Bestnoten erteilen ("die Wirtschaft versagt *nie*"), zugenommen (+3%). Das zwischenzeitlich verloren gegangene Vertrauen in die Wirtschaft konnte fast wiederhergestellt werden.

Das Vertrauen in die Politik ist gar noch etwas höher. Am meisten Vertrauen geniessen Regierung und Verwaltung bei den SP-SympathisantInnen – ein Umstand, der noch vor dreissig Jahren undenkbar gewesen wäre.

Erstmals abgefragt wurde das Vertrauen in die Schweizer Nationalbank. Das nationale Geldinstitut belegte gleich den ersten Rang. Die Wechselkursstabilität zum Euro und die geringen Inflationswerte sind wohl die Grundpfeiler dieses Vertrauens. Neben der SNB erzielten auch das Bundesgericht und die Polizei hohe Vertrauenswerte.

3 Synthese

Der Sorgenhaushalt der Schweizerinnen und Schweizer wird von individuell erfahrbaren wirtschaftlichen Problemen und migrationsrelevanten Fragen dominiert. Über allem steht dabei die Sorge um eine (zunehmende) Arbeitslosigkeit. Dies trotz tiefen Arbeitslosenzahlen und trotz hoch eingestufter Jobsicherheit. Indes, die zurückliegenden Krisenjahre und das in der Schwebe stehende Verhältnis zur EU haben offenbar ihre Spuren hinterlassen. Die Stimmberechtigten trauen der aktuell positiven Wirtschaftslage offensichtlich (noch) nicht, sie rechnen damit, dass die Arbeitslosigkeit auch in zehn Jahren diejenige Sorge sein wird, welche die Schweizerinnen und Schweizer am meisten beschäftigen wird.

Sorgen bereitet den Stimmberechtigten zudem auch die Zuwanderung, was angesichts der breiten und emotional geführten Diskussion um die Masseneinwanderungsinitiative nicht weiter verwunderlich ist. In diesem Bereich der Ausländerpolitik werden von den Stimmberechtigten auch verstärkt Integrationsmassnahmen gefordert und dies von links wie auch von rechts. Obwohl die beiden politischen Lager wohl Unterschiedliches darunter verstehen, so sind sie sich zusammen mit der politischen Mitte darin einig, dass der Problemdruck hoch ist.

Eine Trendumkehr konnte 2014 bei der Problemwahrnehmung der Altersvorsorge verzeichnet werden. Deutlich mehr Stimmberechtigte sind nicht mehr sicher, ob die Finanzierung und Sicherstellung der Altersvorsorge gewährleistet werden kann. Noch prekärer wird es – so die Prognose der Stimmberechtigten – in zehn Jahren aussehen. Deshalb, so äusserten sich 98 Prozent aller Stimmberechtigten, muss die Rentenreform nun angepackt werden. Ob die Reformpläne des Gesundheitsministers ("Altersvorsorge 2020") diesen Problemdruck verringern können, bleibt abzuwarten.

Hingegen bereitet die allgemeine politische Grosswetterlage mit dem schwelenden Konflikt zwischen der NATO und Russland in der Ostukraine, dem Nahostkonflikt und dem Vorstoss der islamischen Fundamentalisten im Nachgang zum Arabischen Frühling keine allzu grossen Sorgen. Wenn es um Sicherheit geht, so fürchten sich die Schweizerinnen und Schweizer auch in diesem Bereich viel eher vor unmittelbaren, individuell direkt erfahrbaren Gefährdungen wie etwa die Kriminalität in den Städten. Auch das Gripen-Aus im Mai hinterliess bei den Stimmberechtigten keine grossen Spuren. Die Armee und die Luftverteidigung beschäftigen sie nur wenig. Ebenso wenig wie makrowirtschaftliche Entwicklungen, die noch während der heissen Phase der Finanzkrise auch bei den Problemnennungen der BürgerInnen allgegenwärtig war.

Von der Vertrauenskrise der letzten Jahre hat sich die Wirtschaft inzwischen weitgehend erholt. Sie geniesst in der Zwischenzeit ein beinahe so hohes Vertrauen wie die Politik. Generell ist das Vertrauenskapital, das die BürgerInnen den staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen gegenüber bringen, hoch – gar sehr hoch, wenn man diese mit jenen im Ausland vergleicht, die während der Finanzkrise teilweise richtiggehend erodiert sind.

Daraus ergeben sich aus unserer Sicht die nachstehenden Thesen zum Schweizer Sorgenbarometer 2014:

These 1

Trotz tiefer Arbeitslosenquote und hoher Arbeitsplatzsicherheit sorgen sich die Stimmberechtigten um die Beschäftigung. Sie trauen der aktuell rosigen Wirtschaftslage nicht. Zu tief ist die Verunsicherung nach den Verwerfungen auf den Finanzmärkten, die damals alle Wirtschaftsprognosen abrupt über den Haufen warfen.

These 2

Die Stimmberechtigten sorgen sich wieder vermehrt um die finanzielle Sicherheit im Alter. Die Anstrengungen für eine Rentenreform, welche die Finanzierung der Altersvorsorge sicherstellen soll, werden von den Stimmberechtigten offenbar aufmerksam verfolgt.

These 3

Der Problemdruck bei der Zuwanderung und bei anderen migrations- oder asylrelevanten Themen ist weiter hoch. Das Verhältnis zur EU ist ebenfalls Grund zur Besorgnis. Die Stimmberechtigten fordern in diesem Bereich verstärkte Anstrengungen (vom Staat, aber wohl auch von den AusländerInnen selbst) zur besseren Integration.

These 4

Mit der Konsolidierung der Finanzmärkte fassen die Schweizer Stimmberechtigten wieder mehr Vertrauen in die Wirtschaft. Der Umstand, dass die Schweizer Wirtschaft derart stark aus der Finanz- und Bankenkrise hervorgegangen ist, schlägt sich auch in einem gestiegenen Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft als Ganzes nieder. Von dieser im internationalen Vergleich aussergewöhnlichen wirtschaftlichen Performance profitiert auch die Schweizerische Nationalbank.

4 Anhang

4.1 gfs.bern-Team

CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung gfs.bern, Verwaltungsrat gfs-bd, Politikwissenschafter und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen, Dozent an der Zürcher Hochschule Winterthur, am MAZ Luzern und am VMI der Universität Fribourg und am KPM der Universität Bern.

Schwerpunkte:
Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften

LUKAS GOLDER

Senior Projektleiter, Mitglied der Geschäftsleitung, Politik- und Medienwissenschafter, MAS FH in Communication Management

Schwerpunkte:
Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen/Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, Gesundheitspolitische Reformen.

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet

MARTINA IMFELD

Projektleiterin, Politikwissenschafterin

Schwerpunkte:
Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

THOMAS MILIC

Dr. phil. I, Projektleiter, Politikwissenschafter

Schwerpunkte:
Abstimmungen, Wahlen, staatliche Reformen, quantitative Methoden, Parteien, politische Kommunikation, öffentliche Meinung

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften

STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschafter

Schwerpunkte:
Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung

MEIKE MÜLLER

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Soziologin und Medienwissenschafterin

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Datenanalysen, Koordination Dienstleistungen, Medienanalysen, Recherchen, Visualisierungen

PHILIPPE ROCHAT

Datenanalytiker, Politikwissenschafter

Schwerpunkte:
Datenanalyse und Datenbanken, Programmierungen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medienanalysen, Recherchen, Visualisierungen, Hochrechnungen

CLOÉ JANS

Politikwissenschafterin

Schwerpunkte:
Recherchen, Referatsunterstützung, Lehrassistenz, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen

JOHANNA LEA SCHWAB

Sekretariat und Administration, Kauffrau EFZ

Schwerpunkte:
Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern
Hirschengraben 5
Postfach 6323
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax + 41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SCHWEIZER MARKTFORSCHUNG
Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.